

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 29. Juni 1905.

№ 74.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quart. 1905 des Corr., Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Dresden.

Dresden, 24. Juni 1905.

Schüler Tag.

Zur Beendigung seiner gestern abgebrochenen Ausführungen nimmt Rezhäuser das Wort: Man wirft mir meine Haltung gegen den Gutenbergsbund vor. Da muß ich denn doch sagen: Diskutieren kann ich mit dem Bunde, den ich nur als den Lieferanten für billiges Menschenfleisch ansehe, nicht. Ueber das, was da geschrieben worden ist, dürfen Sie nicht sagen: Das ist die „Schreibweise des „Corr.“, es ist lediglich die Feststellung einer Tatsache. Was Unterholzner betrifft, so war auch ich der Meinung, daß er sehr früh sich im Verbandsbureau macht. Ich habe seine Artikel auch erst an den Gauvorstand gegeben. Dieser wünschte aber die Aufnahme. Dann erst erfolgte sie, also nicht Unterholzners wegen. Redner schilbert hierauf den Fall, der sich mit dem „Abstinente Arbeiter“ zugetragen hat, und fährt dann fort: Was meine Stellungnahme gegen Massini betrifft, so bin ich tatsächlich der Meinung, daß er die Resolution der Gauvorstandskonferenz als geschwätztes Papier betrachtet hat. Die Ereignisse haben das ja auch bewiesen. Ich mußte annehmen, daß Massini seinen Standpunkt weiter vertreten werde. Ich mußte es also auch aussprechen, denn hätte ich es nicht getan, so wäre das eine grobe Verletzung meiner Redakteurpflicht gewesen. Dann haben verschiedene Redner gewünscht, die Redaktion möge sich statt durch den Briefkasten brieflich mit den Kollegen verständigen. Da stelle ich fest, daß jetzt schon trotz des Briefkastens in einem Jahre 400 Korrespondenzen ausgegangen sind zwecks Verständigung mit den Einsendern von Artikeln usw. Was nicht eine Hilfskraft? Der müßte man auch erst wieder sagen, was sie im einzelnen Falle schreiben solle. Boshafter Hohn soll in den Briefkastennotizen enthalten sein? Man lege mir die Notizen vor, bei denen das der Fall ist, dann werde ich die einzelnen Fälle aufklären können. Wenn einmal wirklich eine solche Notiz geschrieben worden ist, so nur, weil den Einsendungen beleidigende Begleitbriefe beigegeben waren. Ich wollte die Betreffenden zur Beschwerdeführung provozieren. Wenn ich von Radikalen gesprochen habe, so doch nicht, weil ich alle Kollegen, welche die Verbände in radikalere Weise gefördert sehen möchten, unter einen Sammelnamen zusammenfassen will. Es gibt überall und muß überall Radikale wie Gemäßigte geben. Nun zu Hildenbrandt. Ich werde mich von dem, was ich vertreten habe, nie drücken, aber hier muß ich doch konstatieren, daß die von Hildenbrandt zitierte Stelle nicht von mir herrührt. Hildenbrandt hat gesagt, es sei eine Unverschämtheit, wie ich gegen die Kollegen gewütet hätte, wie ich ihn in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt habe. Es ist ihm aber ein kleiner Irrtum unterlaufen. Der Artikel ist nämlich erschienen, als ich in den Ferien war. Ich stelle das deshalb fest, weil Hildenbrandt seinen Angriff nur gegen den Rezhäuser, nicht aber gegen den „Corr.“ überhaupt gerichtet hat. In dem andern Falle konstatiere ich, daß ich gesagt habe: Die außerhalb des Verbandes stehenden Gegner desselben haben gut abgemittelt. Nachdem Redner auf einzelne Beschwerden — auch auf die Beschnidts — und auf die Ausführungen Beckers über die Briefkastenfrage eingegangen ist, und nachdem er in bezug auf den „einzigsten“ Schriftführer erklärt hat, daß er den Satz zwar geschrieben, daß er aber ohne seinen Willen in die Öffentlichkeit gekommen ist, geht er Punkt für Punkt die Ausführungen Wylaus über die Leipziger Vorkommnisse durch und erklärt dabei: Es habe nicht in erster Absicht gelegen, den Konflikt mit den Leipziger Kollegen hervorzuheben, und er habe auch nicht die Macht, ihn aus der Welt zu schaffen. Es sei doch

wohl nicht gut denkbar, daß er es darauf angelegt habe, mit den Kollegen, zu denen er in herzlichen Beziehungen gestanden, mit denen er gemeinsam die Jahre durchgekämpft habe, die die schwersten seines Lebens ausmachten, in Feindschaft zu geraten. Man hätte vielleicht andere Mittel gehabt, den gewollten Zweck zu erreichen, als die tatsächlich eingeschlagenen. Er habe die Ueberzeugung, daß man in Leipzig wissen mußte, daß durch das stattgefundene Vorgehen in einem Konfliktfalle die Tariftgemeinschaft geschädigt werde! (Widerpruch.) Man habe eben nach Berliner Rezepten arbeiten wollen. Der alte Härtel habe zehn Jahre lang keine Versammlungen besucht; es seien nun einmal in Leipzig besondere Verhältnisse vorhanden, das werde ihn niemand bestreiten können. Man habe ihn gedroht: mit dir werden wir uns in der nächsten Mitgliederversammlung beschäftigen! Da habe er denn beschlossen, keine Versammlung mehr zu besuchen. In der Kartellangelegenheit und in anderen Fällen habe er die Mitglieder in Schutz genommen und die Drohung war die Duitung für sein selbstloses Eintreten. Auch er habe dazu beigetragen, daß die Leipziger Kollegschaft durch Wiedereintritt ins Kartell mit der andern Arbeiterschaft in Fühlung getreten sei — warum also die Vorwürfe bezüglich seiner Haltung? Er habe den Einbruch gehabt, daß Personen eine Entwidlung genommen hätten, die eine Gefahr zu werden drohte. Die Zukunft werde zeigen, inwieweit sich wieder ein besseres Verhältnis herbeiführen lassen werde. Wylau sagte, daß es der Redaktion nicht passe, daß die Leipziger Kollegen mit der allgemeinen Arbeiterschaft wieder Fühlung gesucht. Ich erblicke in dem Begriffe Solidarität nicht das, was der Leipziger Vorstand darin sieht. Es ist nicht nötig, immer besonders zu betonen, daß wir zur allgemeinen Arbeiterschaft gehören. Redner bespricht das Verhalten der „Leipziger Volkszeitung“ zum Zusammenbruche des Connewitzer Konsumvereins und den bei dieser Gelegenheit bestellten Ausfall gegen ihn (Rezhäuser). Er habe nur die Nemezis konstatiert, welche die Leiter des Konsumvereins in Connewitz erlitten, und das darauf geübte Verhalten der „Leipziger Volkszeitung“ sei so gewesen, daß gegen sie ein Straßenräuber noch ein Gentleman sei. Aber niemand vom Leipziger Vorstande sei zu seinem Schutze aufgetreten. Wenn man immer von Solidarität rede, dann sollte man sie zuerst gegen den üben, mit dem man unter dem Verhalten der „Leipziger Volkszeitung“ gelitten und gestritten hat. Maßlos soll ich gegen den Leipziger Gauvorstand gewesen sein. Da will ich nur darauf hinweisen, daß selbst Labjahn, Tariftgemeinschaftsgegner und mein Gegner, für eine Milderung des Punktes 2 der gegen mich beantragten Resolution eingetreten ist. Gegen Wylau habe ich nichts. Ich muß aber konstatieren, daß er nicht nur einmal bei der Lieferung seines Berichtes säumig gewesen ist, sondern daß, seit er Schriftführer ist, alle seine Berichte mit geringerer oder größerer Verpätung eingegangen sind. Redner gibt entprechende Zahlen darüber. Im übrigen aber sollte er nicht so empfindlich sein. Er mag doch überlegen, welcher Kritik ich unterworfen bin. Ueberhaupt warum müssen wir uns denn auf der Generalversammlung mit der Angelegenheit beschäftigen? Weil der Gauvorstand den Bestrebungen, durch Verhandlungen am Orte die Differenzen zu beseitigen, nicht entgegengekommen ist. Redner geht in einzelnen noch verschiedene Beschwerden durch, wobei er besonders die Behauptung zurückweist, er habe dem Kollegen Kräfte-Berlin in einer unschönen Briefkastennotiz geantwortet, und erklärt: Erstens habe ich an Kräfte keine Notiz gerichtet, zweitens konnte ich keinen Artikel von ihm zurückweisen, weil er keinen eingeschickt hatte, drittens galt betreffende Notiz dem Kollegen Köhler, und nur weil die Anfangsbuchstaben auch auf Kräfte stimmten, konstruiert man ein Verbrechen gegen den Kollegen Kräfte. Ich resümiere: Die Stellung des Redakteurs ist äußerst schwierig, Irrtümer können leicht entstehen. Ich halte das, was ich geäußert habe, im großen und ganzen für richtig. Man hat gegen Krähl gesprochen, hat ihn sogar Wephisto genannt; ich muß aber doch hervorheben, er ist nicht nur ein ganz außerordentliches Arbeitspferd, er ist auch durchaus befähigt für seinen Beruf. Man tut unredt, ihn wegen einzelner Entgleisungen so scharf anzugreifen; Entgleisungen passieren jedem. Krähl hat auch, wenn ich verweilt gewesen bin, den „Corr.“ in vollem Umfange geleitet.

Ich fühle mich verpflichtet, ihn insofern zu bedauern, daß böswillige Absicht ihn in keinem Falle geleiht hat. Wenn ich erklärt habe, daß ein solches nicht von mir ist, so tat ich das nur, weil man es anwenden wollte, mich anzuknüpfen.

Michaëlis-Erfurt: Nach der Verteidigungsrede Rezhäusers kann ich mich nicht an dem großen Schlachtfeste beteiligen und könnte hier nur zugunsten der Redaktion einig vertreten. Wenn mit dem „Typograph“ und seinen Leitern der „Corr.“ einmal ein kräftig Wortlein spricht, so ist das ganz am Platze. Die Mitgliederversammlung Erfurt hat mich beauftragt, dafür einzutreten, daß einer so großen Anzahl von Artikeln über persönliche Dinge, wie sie vor der Generalversammlung den „Corr.“ belastet haben, künftig Einhalt getan wird. Der Erziehung der Kollegen soll der „Corr.“ dienen. Drauf und typisch dafür, wie leicht man sich Angriffe macht, ist der Fall Kräfte. Nur, weil die Anfangsbuchstaben sich decken, haut man los. Buchdrucker sollte man für besonders fähig halten, die Schwierigkeiten der Führung einer Redaktion zu verstehen, statt unter Verleumdung derselben gegen den Redakteur vorzugehen. Ich kann für meine Mitgliederversammlung konstatieren, daß wir noch nicht in Reibungen mit der Redaktion gekommen sind. Wir werden für Rezhäusers Wiederwahl eintreten.

Dorjhu-Frankfurt: Vor drei Jahren wurde bestritten, daß Leipzig ein heißer Boden sei. Zu meiner Genugtuung ist es aber heute konstatiert worden. Nach dem, was wir gestern und heute gehört haben, wird sich manche Erregung legen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß Rezhäuser sein Versprechen genauer eingehalten hätte. In großem Maße ist er demselben schon nachgekommen, und es ist zu hoffen, daß sich die Verhältnisse noch mehr bessern werden. Die Maifeier aus den kleinen Leipziger Verhältnissen zu beurteilen, ist falsch. Rezhäuser sollte in keinem Jahre unterlassen, der Kollegschaft die hohen Ziele der Maifeier — Achtstundentag usw. — vor Augen zu führen. Der Ton gegen die eignen Kollegen ist das schmerzhafteste. Trotz der Inhaftnahme durch Rezhäuser scheint mir doch, daß der Griff mit Krähl kein glücklicher war, daß dieser viel Erbitterung verschuldet hat. Ich wünsche lebhaft, daß Rezhäuser seinen Einfluß geltend macht, daß ein kollegialer Ton zwischen Redaktion und Verbandsfunktionären eintritt. Das gilt aber auch für letztere selbst. Ich wünsche auch, daß mehr Vorsicht walte bei Bekanntgabe nichtartstreuer Druckereien. In bezug auf den Inzeratenteil möchte ich die Inserate von Bierwirten, die nicht Buchdrucker sind, weggelassen sehen.

Engelbrecht-Leipzig: Die Ausführungen Rezhäusers waren sachlich, deshalb kann auch ich sachlich sein. Ich erkenne an, daß Rezhäusers Position nicht zu den angenehmen gehört. Er könnte sie sich aber angenehmer gestalten, wenn er nicht glaubte, unbedingt zu jeder Frage Stellung nehmen zu müssen. Die prinzipielle Haltung bedingt, daß ich eine Erklärung abgebe. Es schmerzt mich, daß man mir unlautere Motive untergeschoben hat, deshalb erkläre ich, daß ich mit der prinzipiellen Haltung des „Corr.“ einverstanden bin. Sie muß auch in jeder Beziehung gewahrt werden gegen alle Parteien. Mit einem wahren Bienenfleiß wird jede Notiz aus anderen Zeitungen zusammengetragen, um sie gegen eine gewisse Partei zu verwenden. Man wird sich wundern, daß gerade ich diesen Standpunkt einnehme, aber die Verhältnisse haben sich geändert. Seit dem Aufgehen der Gewerkschaft in den Verband hat sich das gegenseitige Verhältnis und der Verkehr miteinander geändert. Wir haben uns früher dagegen bewahrt, daß die Partei sich in unsere häuslichen Angelegenheiten mischt. Wir dürfen uns aber auch nicht in die Angelegenheiten der Partei mischen. Mit der „Leipziger Volkszeitung“ wird sich niemand von uns identifizieren. Rezhäuser sagte, es habe ihn schmerzlich berührt, daß der Konflikt eingetreten sei, aber er fügte hinzu, daß Personen eine Entwidlung genommen hätten, die gefährlich werden könnte; damit meinte er mich. Redner legte nun nochmals ausführlich die Entwidlung des Falles und die Leipziger Verhältnisse dar. Er bemerkt ausdrücklich, daß Rezhäuser sich nicht an der elenden Wache, die inhaftiert worden sei, beteiligt habe. Insbesondere wehrt er sich auch gegen den Vorwurf, daß eine Verbindung mit Berlin bestanden habe. Massini habe nur die gute Absicht gehabt, durch eine Aussprache

eine Erledigung des Konfliktes herbeizuführen. Die Stellung Krahl's ist unhaltbar. Was Sillier gestern gesagt hat, ist wahr: daß die anderen Gewerkschaften von ihm wie von einem Schulmeister behandelt werden. Er ist Hilfsbeamter, als solcher hat er sich dem Redakteur zu fügen. Ich habe nichts gegen ihn persönlich, aber seine Stellung ist unhaltbar, weil er als Unverantwortlicher das unverantwortliche Zeug schreibt. Wir wollen deshalb, daß auch die Hilfsbeamten von der Generalversammlung gewählt werden. Neghäuser sagt, die Uebersetzung des Leipziger Statutes weise darauf hin, daß man besondere Absichten hege. Wir haben unsere „Mitteilungen“ als Publikationsorgan neben dem „Corr.“. Um formellen Schwierigkeiten zu begegnen, wollten wir den „Mitteilungen“ auch im Statut formell amtliche Eigenhaft geben. Wenn die Maßregel gegen den „Corr.“ gerichtet sein sollte, hätten wir doch einfach nur das Obligatorium des „Corr.“ aufzuheben brauchen.

Döblin: Der Vorstand hat sich zu der Frage nicht geäußert, weil er nicht annahm, daß diese Fälle hier berührt werden. Er ist auch im Geschäftsberichte nicht darauf eingegangen, weil ihm das Vorgehen des Geworbestandes etwas dümel erschien. Der Zentralvorstand ist auch bemüht, dahin zu wirken, daß ein gutes Verhältnis bestehe. Es haben Aussprachen stattgefunden. Neghäuser hat dabei Entgegenkommen gezeigt. Auf mich macht es den Eindruck, als wollten die Kollegen mit interessanten Materiale aufwarten können. Um richtiges wäre es doch gewesen, den Zentralvorstand um Vermittlung anzugehen. Dadurch wären die Differenzen vermieden worden. Auch im Falle Kräfte hätte man dies tun können. Man möge sich doch der Instanz bedienen, die besteht. Ich habe die Verdienste Engelbrecht's anerkannt, aber die Versammlung machte uns stübig. Wir haben ihn telegraphisch zu einer Konferenz geladen. Er kam nicht. Wir geben zu, daß er abgehalten war; er aber hat auch zugegeben, daß er in Berlin gewesen ist; Engelbrecht sagt, es sei in Leipzig eine Person, die uns informiert. Daß das nicht der Fall, wird dadurch bewiesen, daß der Zentralvorstand sich an Engelbrecht mit dem Monitum gewandt hat, daß er von Leipzig nicht informiert werde. Neghäuser hat uns auf unsere Aufforderung nur die betreffende Nummer der „Mitteilungen“ zugeandt. Das ist die ganze Information gewesen. Ich erkläre, daß wir nach einer Aussprache mit Engelbrecht nicht mehr die Befürchtungen haben, die wir hatten. Scheuen Sie sich doch nicht, in solchen Fragen mit dem Zentralvorstande Fühlung zu nehmen, dann kann ein solches Mißverständnis nicht Platz greifen. Es liegt uns doch allen daran, in Gemeinschaft mit den Kollegen zu arbeiten. Nun das Verhältnis mit Krahl. Wir üben die größtmögliche Toleranz und lassen der Redaktion freie Hand. Manchmal mag richtig sein, was gegen Krahl angeführt worden ist. Aber wir als Buchdrucker haben alle Ursache, uns in bezug auf Pressefreiheit auf den liberalsten Standpunkt zu stellen. In der Praxis jedoch steht es bei unseren Kollegen ganz anders. Dabei bedenkt man nicht die besonderen Verhältnisse. Unser Blatt ist das einzige Gewerkschaftsblatt, das wöchentlich dreimal erscheint, es ist auch — im Gegensatz zum größten Teile der anderen Gewerkschaftspresse — durch und durch original. Schon das gibt viel mehr Angriffsflächen. Da sollten wir doch nicht so kleinlich sein. Wir wollen kritisieren, was uns nicht paßt, aber sachlich wollen wir dabei vorgehen. Wenn unsere Redaktion mit geistigem Schwünge arbeiten soll, dann soll sie nicht bei jedem Worte fürchten müssen, daß ein Entwürfssturm gegen sie entsetzt wird. Was den Satz von der Tarifgemeinschaft betrifft, so hätte man nicht meinen sollen, daß er so falsch aufgefaßt werden würde. Allerdings habe ich Neghäuser gleich gesagt, daß er ihn nicht ohne Interpretation hätte schreiben sollen. Man konnte den Satz nur so verstehen, daß unter den jetzigen Zeitverhältnissen die Aufhebung der Tarifgemeinschaft auch zu einer Vereinträchtigung des Verbandes führen würde.

Maffini-Berlin: Nachdem Neghäuser in seiner Rede seine Sünden zugestanden und um Absolution — (Neghäuser: Das bestreite ich!) Du hast gar nichts zu bestreiten! (Heiterkeit) — kann uns das wohl veranlassen, die Sache zum Teile als erledigt zu betrachten, einiges muß ich aber doch sagen. Neghäuser hat vergessen, indem er unsern Antrag als verbandsschädigend hingestellt hat, daß wir doch auch in der Hand hätten, alle Anträge aus der Provinz abzulehnen. Aber so bisächtig sind wir nicht. Der Ton, den Neghäuser und sein Mitarbeiter angeschlagen, ist immer ein duftender gewesen. Der „Corr.“ hat mehrmals Gög von Verlichungen zitiert. Vor zwei Jahren habe ich in Berlin ein Referat gehalten über die künftigen Aufgaben des Verbandes. Das hat Neghäuser in einer Serie von zwanzig Artikeln ausgeschlachtet. (Neghäuser: Aber sachlich!) Ja, ausgebeutet hast Du mich wie der schlimmste Internethmer. Das Honorar bist Du mir heute noch schuldig. (Große Heiterkeit.) Neghäuser verlangt Beweise dafür, daß der „Corr.“ gegen den guten Ton gestündigt hat. Ich erinnere an die Hatzkellerphantasien; der selige Hauff würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die „wichtige“ Art sehe, in der dort der Berliner Geworbestand heruntergerissen wird. Krahl möge seine Stoffe aus der bürgerlichen Gesellschaft holen. Als Krahl an den „Corr.“ ging, schrieb der „Vorwärts“, „unser Genosse Krahl“ kommt in die Redaktion. Heute aber übertrifft er den Neghäuser, der Schüler des Meisters. Wenn Neghäuser sagt, Krahl gebe sich viel Mühe, das Blatt zu bereichern, so habe ich das selbst anerkannt. Die Gewerkschaftsüberdicht war besser, als Krahl noch in

Magdeburg war. Seit er in Leipzig ist, hört man allgemein absprechende Urteile darüber. Die anderen Gewerkschaften werden darin geschulmeisterhaft, da soll es dann ein Wunder sein, wenn uns diese angreifen. Redner greift noch die Notiz aus Anlaß des Münchener Krankentages an und ruft: Denkt man denn gar nicht nach, was man tut? (Neghäuser: Das kannst Du Dir merken!) Neghäuser ist uns verantwortlich, auch wenn er die Sachen nicht selbst geschrieben hat. Redner beschwert sich darüber, daß insofern nicht mit gleichem Maße gemessen werde, als Einseitigkeiten an Betroffene zur Ausführung gegeben worden seien, an andere wieder nicht. Dann kommt er auf Neghäusers agitatorische Wirksamkeit und auf seine Stellung zur Weisheit zu sprechen. Wenn Neghäuser selbst keinen Maiartikel schreiben will, so werden ihn andere schreiben. Was die Neutralität angeht, so muß natürlich darauf Rücksicht genommen werden, daß verschiedene Richtungen im Verbandsbeizammen sind. Man soll aber die Richtung, die im Reichstages für die Verbesserung der Lage der Arbeiter eintritt, besonders unterstützen. Solange Neghäuser außerhalb der Partei steht, schreibt er gegen sie, darum muß er wieder in die Partei hinein. Klapproth jagte bei der vorigen Wahl: der Redakteur muß Sozialdemokrat sein. Ich will nicht darüber reden, ob das gut ist, aber ich will, daß auch der Partei eine gewisse Achtung und zum mindesten Wohlwollen entgegengebracht wird. Wir ersuchen den Redakteur, die Einigkeit unter den Arbeitern zu propagieren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Neghäuser zu faktischen Bemerkungen. Auf Engelbrecht's Rede kann ich nicht eingehen, weil es eine Sache betrifft, die in ihren Feinheiten hier nicht entschieden werden kann. Gegen Maffini's Ausführungen muß ich protestieren. Unter den von Maffini aufgestellten Bedingungen gehe ich nicht wieder nach Leipzig als Redakteur. Gegen Berlin habe ich nur Vorwürfe erhoben, die auch hier auf der Generalversammlung erhoben worden sind. Zu dem Vortrage Maffini's mußte ich Stellung nehmen, denn sie bedeuteten ein gewerkschaftliches Programm. Ich hätte meine Pflicht verletzt, hätte ich es nicht getan. Ich hatte objektiv zu untersuchen, inwieweit seine Vorschläge realisierbar seien. In meiner Rede mußte ich, da es sich um so tiefgreifende Fragen handelte, von großen Gesichtspunkten ausgehen, von diesen aus meine Position verteidigen. Was sind Sie denn gegen Krahl so iudaz? Werden nicht auch in Johannisfestzeitungen usw. die Funktionäre oft mit Humor und gutgemeiner Satire konterfirt? Man darf doch einem Kollegen die Arbeit nicht so erschweren, daß sie zur Unmöglichkeit wird. Wenn ich in einzelnen Punkten feststellen mußte, daß nicht mir die Autorität zukommt, so nur, weil mich der Umstand dazu zwang, daß man sie gegen meine Person auszunutzen suchte. Daß ich gegen die Sozialdemokratie kämpfe, bestreite ich. Ich behandle auftauchende Fragen in keiner andern Form als die Parteiblätter unter sich es tun. Und wollen Sie denn die Niederträchtigkeiten von Parteimitgliedern gegen uns verzeihen? Redner erinnert an die Ausschlagung unserer Beibringsfala (wie sie neuerdings auch wieder von Doct bestritt wurde) zu dem Zwecke, die Buchdrucker zu diskreditieren. Soll bei dem allen der Redakteur immer nur — die Daunen stramm an der Spinnast — sein Sprichwort herleeren? Was Klapproth aufgestellt haben soll: daß der Redakteur Sozialdemokrat sein solle — (Klapproth: Er muß auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung stehen!) — nun, dann war es überhaupt unnötig, uns darüber zu unterhalten, denn daß ich auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung stehe, wird niemand bestreiten. Ich werde auch in Zukunft bemüht sein, im Interesse der Arbeiter und im Interesse unserer Organisation und ihrer Mitglieder zu arbeiten, genügt ihnen diese Erklärung nicht — eine andre vermag ich nicht zu geben!

Nach einigen persönlichen Bemerkungen erklärt Döblin: Anträge oder Resolutionen liegen nicht vor. Es konnte sich ja auch nur darum handeln, Beschwerden durch die Debatte klar zu stellen. Dabei hat sich auch für die Redaktion manches gezeigt, das ihr aufhört, dies und jenes zu vermeiden. Ich hoffe, daß es künftig möglich sein wird, Differenzen der besprochenen Art zu vermeiden.

Es wird hierauf in die Verhandlung der zur „Corr.“-Frage vorliegenden Anträge eingetreten. Der Antrag Erfurt auf Einführung des Obligatoriums wird zurückgezogen, der Antrag Münster der Statutsberatschungscommission überwiesen. Ueber die übrigen — Siverlegung und Preßkommission betreffend — entspann sich eine kurze Debatte. Darauf werden dieselben abgelehnt.

Es wird sodann der Bericht der Beschwerdekommision entgegengenommen, da Hildenbrandt, der Mitberichterstatte ist, abreisen muß. (Die Mitglieder der Kommission haben die Berichterstattung unter sich verteilt.)

1. Beschwerde des Mitgliedes F. Hoffmann in Koblenz. Hoffmann siedelte im Juni 1900 von Bromberg nach Greifswald über. Der Vorstand bewilligte ihm den statutenmäßigen Höchstbetrag an Unzugskosten von 100 Mk., weil er nach dem Zeugnisse des Geworbestandes ein langjähriger Verbandsfunktionär war. Im Juni 1904 siedelte Hoffmann freiwillig von Greifswald nach Bromberg über, weil er dort eine seiner Gesundheit günstiger Stellung zu finden glaubte. Der Zentralvorstand bewilligte ihm 75 Mk. als Beitrag zu den Unzugskosten. Auf Ansuchen Hoffmanns bewilligte der Zentralvorstand weitere 25 Mk.

und damit den Höchstbetrag. Hoffmann ersucht die Generalversammlung um die Bewilligung von ihm zustehenden weiteren 24,90 Mk. Fahrgeldentschädigung und um Bewilligung einer erhöhten Unterstützung, die der Zentralvorstand abgelehnt hat. Die Vorstandsbeschlüsse gestatten Umzugskosten bis zum Höchstbetrage von 100 Mk., freiwillig Umziehende sollen nur die Hälfte erhalten. Da jedoch der Vorstand mit seiner Bewilligung schon über die Vorstandsbeschlüsse hinausgegangen ist, ist die Kommission nicht in der Lage, das Gesuch zu unterstützen. Sie beantragt daher das Gesuch des Kollegen Hoffmann abzulehnen. — Die Generalversammlung nimmt den Antrag der Kommission an.

2. Die Schriftgießereifaktoren Hermann Gärtlich in Altenburg und Fritz Reich in Frankfurt a. M. blieben beim Leipziger Schriftgießereifreik 1903 stehen und wurden durch den Geworbestand in Leipzig ausgeschlossen. Beide erhoben Beschwerde gegen ihren Ausschluß und beantragten deren Zurücknahme. Herr Gärtlich gab während des Streiks Veranlassung zu einer Klage gegen den Geworbestand Engelbrecht und den Vertrauensmann der Schriftgießereifranke, die zuerst zur Berufung, später zur Freisprechung führte. Das Verhalten Gärtlich's bei dieser Prozeßsache und sein Verhalten innerhalb des Betriebs veranlaßten den Ausschluß. Die Kommission kann den Ausschluß nicht als ungerechtfertigt ansehen und beantragt die Ablehnung des Beschlusses. Der Ausschluß Reich's, der 26 Jahre Mitglied des Verbandes war, erfolgte, weil er nach Aussage des Vorstandes in Leipzig während des Streiks ungelernete Arbeiter anlernte und dadurch die Interessen der Gehilfen schwer schädigte. Auch in diesem Falle kann die Kommission nicht verkennen, daß die Bestimmungen des Statuts den Ausschluß des Vorstandes vollständig rechtfertigen und beantragt auch dieses Gesuch abzulehnen. — Die beiden Anträge werden angenommen.

3. Das Mitglied M. Rajtan in Berlin erhebt Beschwerde gegen den vom Geworbestande Berlin ausgesprochenen Ausschluß aus dem Verbands. Rajtan wurde auf Grund des § 5 ausgeschlossen, weil er als Vertrauensmann der Druckerei in einem Schreiben an den Prinzipal gegen den Willen der Kollegen ein andres langjähriges Mitglied denunzierte, um es zu schädigen. Diese tabelnwerte Handlungsweise, verächtlich durch das sonstige unkollegiale Benehmen Rajtan's, veranlaßte den Geworbestand, den Ausschluß vorzunehmen. Die Kommission ist nicht in der Lage, den Ausschluß als unberechtigt zu erklären und beantragt Ablehnung des Gesuches. — Der Antrag wird angenommen.

4. Hermann Rudolph in Berlin, 1890 ausgeschieden, ist 1901 wieder eingetreten. Er beantragt die Anrechnung der 1869 bis 1890 geleisteten Beiträge.

5. Emil Zimmer in Danzig, nach dem Streik 1891/92 ausgetreten, ist 1898 wieder eingetreten und will erleichterte Bedingungen für den Bezug der Invalidentunterstützung.

6. Gustav Erdmann in Greiz ersucht, ihm die von 1868 bis 1891 geleisteten Beiträge anzurechnen.

7. Joh. Georg Prohler in Hannover ersucht um Invalidentunterstützung. Er ist nach dem Streik ausgeschlossen worden. 1893 ist er eingetreten, angeblich mit der Berufung für ein fünfjähriges Karenz für die Invalidentunterstützung. Diese ist aber vom Geworbestande abgelehnt worden.

8. Ernst Müller in Wismar ist 1894 mit dem Wunsche, ihm die den Mitgliedern der „Zweiten Klasse“ in Leipzig gewährten Vergünstigung auch zu gewähren, in den Verband eingetreten. Das ist damals abgelehnt worden. Er beantragt die nachträgliche Bewilligung derselben.

9. Otto Rielemann in Osterwieck ist 1893 bis 1897 Mitglied gewesen, ist dann, durch Krankheit in der Familie usw. gezwungen, ausgetreten. Er bittet, ihm seine früher geleisteten Beiträge auf die Karenz anzurechnen.

10. W. v. Nyssen war 1883 bis 1887 Mitglied, dann beim Militär. Will dann keine Gelegenheit gehabt haben, sich wieder zu melden und bittet um Anrechnung einer zehnjährigen Karenz.

11. Emil Schwarz-Stettin war Kasse wegen ausgeschlossen worden. Seit 1890 wieder Mitglied, bittet er um Herabsetzung der Invalidentkarenz von zehn auf fünf Jahre.

12. Heinrich Wichmann-Kottbus hat 1897, als er zum Militär gekommen, die Mitgliedschaft aufgegeben. Er bittet um eine Invalidentkarenz von 500 Wochen.

13. R. Raab in Landau ist seit 1904 Invalide. Er ist seit 1873 Mitglied mit sechsjähriger Unterbrechung, während deren er in der holländisch-indischen Armee gedient hat. Er bezieht holländisch-indische Pension. Er ist 1890 wieder eingetreten, leistete von da ab 630 Beiträge. Für ihn gilt die Bestimmung, wonach bei Unzug ins Ausland die Rechte nur auf fünf Jahre gewahrt bleiben.

Die Kommission beantragt die Abweisung dieser Gesuche. Die Generalversammlung nimmt diesen Antrag an.

14. Fritz Päßler ist 1898 wegen Berufsveränderung ausgetreten, 1900 wieder eingetreten. Er beantragt, die vor 1898 geleisteten Beiträge anzurechnen. — Die Kommission beantragt, dieses Gesuch zu genehmigen, sofern der Antrag des Verbandsvorstandes, die vom Verufe Abgangenen mit den nach dem Auslande reisenden Mitgliedern gleichzustellen, Annahme findet, andernfalls auch dieses Gesuch abzulehnen. — Das Gesuch wird abgelehnt.

15. Invalide B. Müller in Kiel protestiert wegen Nichtanzahlung der Invalidentunterstützung. Müller ist

Invalide, bezieht aber aus einer Stellung als Portier monatlich 100 Mk., also jährlich 1200 Mk. Das heutige Minimum von Kiel beläuft sich auf jährlich 1255,80 Mk. Die Kommission empfiehlt, dem Proteste stattzugeben, soweit Möllers Verdienst 1255,80 Mk. nicht erreicht hat.

Hildenbrandt regt an, für die Invaliden ausbrüchlich dasjenige Minimum als maßgebend anzuerkennen, das zu der Zeit galt, als die Invalidität eintrat. Er will der Möglichkeit einen Kiegel vorgehoben sehen, mit dem Steigen des Minimums die Grundlöhne immer wieder zu verdrängen und solchen Ansprüchen dadurch auch den Schein des Rechtes zu geben.

Die Generalversammlung beschließt unter Ablehnung des Kommissionsantrages, den Protest zurückzuweisen, da sie bei einem Einkommen von 1200 Mk. und bei dem Alter des Protestlers, eine Invalidität nicht anerkennen kann.

16. R. Schäfer in Nürnberg protestiert gegen Entziehung der Arbeitslosenunterstützung. Da ein Verschulden Schäfers an seiner Arbeitslosigkeit als vorliegend erachtet wird, beantragt die Kommission, den Protest abzulehnen. — Es wird nach dem Antrage beschloffen.

17. Wilh. v. Rhein in Königsberg beschwert sich wegen seines Ausschusses. Die Kommission beantragt, die Beschwerde dem Zentralvorstande zu erneuter Prüfung zu überweisen. — Die Entscheidung wird bis zum Austrage eines gegen v. Rhein schwebenden Prozesses vertagt.

18. Der frühere Faktor des „Böcherer Volksblattes“, Zimmermann, bittet, seinen Ausschluß zurückzunehmen. Die Kommission empfiehlt, das Gesuch auf sich beruhen zu lassen. Dem stimmt die Generalversammlung zu.

19. Der Bezirk Gera beschwert sich darüber, daß das Mitglied Karl Hiele aus Wittenberg, das Hiele wegen ausgeschloffen, nach Wiederaufnahme bei Bezahlung sämtlicher Reste vom Gauvorstande in seine alten Rechte eingesetzt worden ist, und beantragt, Hiele seiner Mitgliedschaft für verlustig zu erklären und ihn vom Tage der Bezahlung seiner Reste als neues Mitglied zu betrachten. Die Kommission beantragt, der Beschwerde nicht stattzugeben. — Dieser Antrag wird angenommen.

Aus dem Berichte der Beschwerdef Kommission sind noch folgende Fälle nachzutragen:

Der Maschinenmeister Karl Schmid wurde in Sanktgen wegen Vergehens gegen § 5 b des Statutes ausgeschloffen. Festgestellt wurde, daß der Kollege über Vorkommnisse in den Versammlungen dem Prinzipale berichtete. Als Milderungsgrund kommt jedoch in Betracht, daß das unkollegiale Verhalten durch tiefgehende persönliche Differenzen herbeigeführt war, welche die Vernehmung wohl nicht entschuldige, jedoch begreiflich erscheinen ließen. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit kam die Kommission zu der Ueberzeugung, daß die vorgebrachten Gründe nicht hinreichen, um den Ausschluß des Kollegen zu rechtfertigen. Die Kommission beantragt daher, die Angelegenheit an den Verbands- bzw. Gauvorstand zu nochmaliger Prüfung zurück zu verweisen.

Der Maschinenmeister Paul Burchard in Slogau wurde wegen Benutzungen und groben unkollegialen Verhaltens gegenüber seinen Kollegen und den Hilfsarbeitern ausgeschloffen. Nach den Ermittlungen der Kommission ist der Ausschluß zu Recht erfolgt (§ 5 b und 5 e), weshalb Abweisung der Beschwerde beantragt wird.

Das Mitglied Paul Schoppe in Dresden ersucht um Wiedereinsetzung in seine alten Rechte unter Nachzahlung der vor seinem in Bonn erfolgten Ausschluß bis zu dem in Dresden erfolgten Wiedereintritte fälligen Beiträge. Der Ausschluß erfolgte, weil Sch. in seiner Eigenschaft als Faktor der Buchdruckerei Georgi in Bonn das Personal schlecht behandelte und die Druckerei von Mitgliedern zu säubern trachtete, was demselben in mehreren Fällen gelang. Die bestehenden, als schlecht zu bezeichnenden Verhältnisse suchte derselbe noch mehr zu verschlechtern, und mußten zwei Mitglieder wegen Zurückweisung eines ihnen zugemuteten verschärferten Berechnungsmodus vom Verbandsvorstande als gemäßiget betrachtet werden. Die Kommission überzeugte sich, daß der Ausschluß nach § 5 b gerechtfertigt war und beantragt bei der Generalversammlung, dem Gesuche nicht stattzugeben.

Die Anträge wurden angenommen. —

Darauf wird in die Beratung der Anträge zum Statut eingetreten, die nicht der Kommissionsberatung unterliegen; zunächst die Anträge zu § 2. Der Antrag, „Absatz 1, Zeile 2, hinter „Buchdrucker“ ist einzufügen: „Korrektor“, gestellt von Leipzig, wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Döblin erklärt, daß in dem Beschlusse keine Antinomie gegen die Korrektoren liege. Was der Antrag wolle, bestreite in der Praxis schon. Abgelehnt wird ferner gegen drei Stimmen der Antrag: „Absatz 2, Zeile 4 soll anstatt: „Es bleibt den Bezirksvereinen überlassen, das betreffende Gesuch im Verbandsorgane zu veröffentlichen“, gesetzt werden: „Das betreffende Gesuch ist im Verbandsorgane zu veröffentlichen“, gestellt vom Bezirk Hildesheim.

Zu dem Antrage Hirschberg i. Schl.: „Absatz 3 ist zu streichen und dafür zu setzen: Mitgliedern, welche durch Arbeitslosigkeit gezwungen sind, vorübergehend oder dauernd in anderen Berufen Beschäftigung anzunehmen, wird das Recht zuerkannt, während dieser Zeit die Verbandsbeiträge zu entrichten, und bleiben dieselben gleichberechtigte Mitglieder, jedoch entscheidet in jedem einzelnen Falle der zuständige Ortsvorstand“, bemerkt Döblin, daß der Antrag sehr bedenklich sei. Man solle nicht einen Rechtsanspruch begründen. Wir würden nach Annahme des Antrages nicht einmal mehr die Möglichkeit haben, im Falle von Mißbräuchen den Betreffenden die Unter-

stützung zu entziehen. In der zweiten Debatte wird noch darauf hingewiesen, daß der Antrag nur das Mittel bieten würde, die Skarzen abzurufen. Die Entscheidung von Fall zu Fall müsse gewahrt bleiben.

Zu § 4 beantragt der Bezirk Hildesheim: „In Zeile 3 ist statt dem zuständigen Gauvorstande zu setzen: dem zuständigen Bezirks- bzw. Gauvorstande“. Döblin weist darauf hin, daß das in der Praxis schon gehandhabt werde, während Heißmann bemerkt, daß es sich nur um eine formelle Korrektur des Wortlautes des Statutes handle. Der Antrag wird abgelehnt, ebenso der Antrag Hirschberg: „Zeile 3 hinter „schriftlich anzugeben“ ist zu setzen: „und bis zum Tage der Austrittserklärung die Beiträge zu entrichten“, nachdem Döblin ausgeführt hat, daß der Antrag einen frommen Wunsch darstelle, den auszuführen uns das Mittel fehlt.

Hierauf Schluß der Sitzung.

Zu dem Berichte der Mandatsprüfungskommission ist noch nachzutragen (der Berichterstatter war während dieser Verhandlungen kurze Zeit abwesend), daß zwei Briefe vorlagen, und zwar einer aus Frankfurt a. M. und einer aus Leipzig. Zu dem ersten Proteste erklärte der Berichterstatter der Kommission, daß nun bereits zum zweitenmale der Generalversammlung ein Protest aus Frankfurt a. M. vorliegt und spricht in schärfster Weise die Mißbilligung über die Wahlvorkommnisse im Gau Frankfurt-Bessen aus. Bezüglich des Leipziger Protestes empfiehlt der Berichterstatter, diesen Protest damit als gegenstandslos zu betrachten, weil bestimmte statistische Vorschriften nicht vorhanden sind, die über die Zahl der bei Wahlen aufzustellenden Kandidaten näheres befehlen. Im Auftrage der Generalversammlung wird die Kommission jener bestimmte Vorschläge machen, wie künftighin bei Wahlen zu Generalversammlungen des Verbandes zu verfahren ist. (Diese Vorschläge und die Beschlüsse der Generalversammlung stehen noch aus.)

Dresden, 25. Juni 1905.

Siebenter Tag.

Verhandelt wird Punkt IV: Besprechung über die Stellung des Verbandes zu den Sparten.

Mussial als Referent einleitet, daß er seine Ausführungen nicht als Vertreter des Vorstandes mache, daß er vielmehr nur seine persönliche Auffassung ausdrücken werde. Er legt drei Fragen zugrunde.

Die erste lautet: Haben die Spezialorganisationen eine Existenzberechtigung? Die Frage ist zu bejahen. Die Entwicklung hat bewirkt, daß die einzelnen Bedürfnisse nicht mehr durch die allgemeine Organisation erfüllt werden können. Man hat geglaubt, der Verbandsvorstand stehe feindsüch gegen die Spezialorganisationen. Das ist — ich kann das im Namen des Vorstandes aussprechen — nicht der Fall; es würde eine Verneinung der tatsächlichen Lage bedeuten. Die den Sparten gewährte Unterstützung würde da ja auch einen Widerspruch in sich tragen. Weder die Gesamtheit, noch ein einzelnes Mitglied des Vorstandes hat Klagen erhoben, die auf eine Feindschaft schließen lassen konnten.

Die zweite Frage ist: Welches sind die Aufgaben der Spezialorganisationen? Die Pflege des Technischen, z. B. die Abhaltung von Lehrkursen, muß im Vordergrund stehen. Damit sind die Aufgaben derselben nicht erschöpft. Manches kann ihnen eingeräumt werden, ohne daß die allgemeine Organisation darunter Schaden leidet, auch in organisatorischer Beziehung. Dahin gehört die Ueberwachung der Durchführung gewisser tariflicher Bestimmungen. In bezug auf Disziplin und die rechte Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben können die Spezialorganisationen eine wichtige Tätigkeit entfalten. Das Verständnis für die Aufgaben derselben ist natürlich nicht überall in gleicher Weise zu finden. Redner gibt an der Hand von Berichten einzelne Beispiele dafür und geht dann die besonderen Mißstände in den einzelnen Sparten durch, u. a. die Ursachen der Arbeitslosigkeit bei den Druckern, bei den Maschinensehern das Fehlen hoher Leistungen, das Prämienwesen, das System niedriger Löhne vereint mit Zuschüssen der Fabriken für von ihnen gesandte Seher, das Instruktorenwesen. Dabei führt er für die oft eigenartigen Verhältnisse folgenden charakteristischen Fall an: Eine sonst tarifreue Druckerei sollte zur schriftlichen Anerkennung des Tarifbes wogen werden. Von den vorhandenen drei Maschinensehern war einer nicht im Verbands- die anderen zwei — davon einer ein Instruktoreur — waren Mitglieder. Als es zum Unterscheiden kam, unterschrieb das Nichtmitglied; das eine Mitglied strich die gegebene Unterschrift wieder durch, das andre erklärte, als Instruktoreur nicht unterschreiben zu können. Die Generalversammlung soll entscheiden, ob ein Mitglied, weil es Instruktoreur ist, sich außerhalb eines gemeinsamen Vorgehens stellen darf, indem er sage, ich bin nicht von der Druckerei, sondern von der Fabrik angestellt. Der Direktor einer Fabrik, den ich befragte, was geschähe, wenn ein Instruktoreur, der Verbandsmitglied ist, sich weigerte, in eine gesperrte Druckerei zu gehen, antwortete, er werde dem Betreffenden absolut keine Schwierigkeiten machen, sondern einen andern hinschicken. Bei einem so liberalen Standpunkte kann man eine solche Haltung eines Instruktoreurs nicht verstehen.

Welches sind — drittens — die Grenzen der Spezialorganisationen? Mit dem Wachstum derselben geht auch ein Streben nach größerer Selbstständigkeit Hand in Hand.

Da kann es vorkommen, daß über die Stränge geschlagen wird. Es ist ein Bestreben vorhanden, das ich ein zentrifugales nennen kann. Der Wunsch nach selbständigen Organen besteht bei den Druckern und auch bei den Maschinensehern nicht mehr. Bei den Korrektoren ist es nicht ohne Gründung eines Organs abgegangen. Der Verbandsvorstand hat sich dagegen gewandt. Es ist auch mit der ersten Nummer wieder eingegangen. Redner führt noch das Beispiel der Mittelrheinischen Maschinen-sehervereinigung, die sich über ein ganzes großes Gebiet erstreckte und in ihrem Programme auch die Schaffung und Durchführung eines gemeinsamen Tarifes hatte, zum Beweise dafür an, daß die Spezialorganisationen rein räumlich wie auch zwecklich ihrem Wirkungskreise nicht allzu weite Grenzen stecken dürfen.

Was die Kongresse der Sparten betrifft, so liegen bei den Druckern die Verhältnisse ja so, daß es notwendig erscheint, durch dieses Mittel eine Klärung der Dinge herbeizuführen. Ebenso bei den Maschinensehern. Dort gibt es, festzustellen, in welcher Weise gearbeitet werden soll. In Desterreich liegt dafür das Beispiel der Monotypie vor, die doch erst am Anfange ihrer Wirksamkeit steht. Im allgemeinen — und im besonderen bei den Maschinen-sehern — halte ich dafür, daß periodische Kongresse nicht einberufen werden sollen, sondern sie müssen aus dem Bedürfnisse erwachsen. Ich bitte die Generalversammlung, festzustellen, in welcher Weise der Verband die Kosten für die Kongresse übernimmt. Ich bitte, auszusprechen, daß die Kongresse zu unterstützen sind. Dem Verbandsvorstande muß dann aber auch ein Einfluß zustehen auf die Vorbereitung, die Tagesordnung und die Zusammenfassung derselben. Mit den Schriftgebern liegt es anders. Trotzdem sie ihre speziellen Angelegenheiten schon immer autonom geregelt haben, haben sie sich große Mühe angewandt. In 16 Jahren haben sie nur drei Kongresse abgehalten. Die Abhaltung internationaler Kongresse kann man den Sparten nicht ohne weiteres zugehen. Letztere sind abhängig von den Hauptorganisationen und können solchen Kongressen eine höhere Bedeutung geben. Auch der letzte internationale Maschinenmeisterkongress hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das ergibt sich als selbstverständlich aus der Unmöglichkeit, in den einzelnen Ländern einheitliche Verhältnisse zu schaffen. Das Resultat steht in solchen Fällen mit dem Aufwande an Mühe und Kosten nicht im Einklange. Ich erinnere an die Mechanikerfrage, die auch bald aktuell werden wird, da man bemüht ist, das amerikanische System, besondere Mechaniker für die Segmaschinen anzustellen, überall zur Einführung bringt. Man wird auch dazu bald Stellung nehmen müssen. Das beweist, daß wir uns fortgesetzt auf schwankender Basis befinden. Zeigen wir, daß wir fähig sind, allen besonderen Erscheinungen zu begegnen, aber auch, daß wir unter allen Umständen bestrebt sind, die Einheitlichkeit der allgemeinen Organisation aufrecht zu erhalten.

Auf Vorschlag Döblins wird zunächst ein Vertreter von jeder Sparte zum Worte zugelassen.

Fräulein Berlin erklärt sich mit der Einleitung von Mussial Referat einverstanden. Auf die einzelnen Punkte eingehend, bespricht er die Bestrebungen der Maschinenmeistervereine auf technische Fortbildung und gewerkschaftliche Disziplinierung der Mitglieder, die herrschenden Mißstände: Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen, Lehrkurswirtschaft und Besetzungsskala, Beschäftigung ungelerner Arbeiter, besonders an den Tegeldruckpressen, Ueberstundenwesen. Mussial hätte nicht von künstlicher Züchtung der Bestrebungen nach größerer Selbstständigkeit reden sollen. In gewisser Beziehung ergibt sich das Streben aus der Entwicklung. Aber es geht nicht dahin, uns selbständig neben den Verband zu setzen. Wenn die Redaktion die Besprechung der Broschüre der Zentralkommission der Maschinenmeister abgelehnt mit der Begründung, daß das zu unabwehrbaren Konsequenzen führen würde, wenn sie die Einsender einer lokalen Bekanntmachung auf die am Orte erscheinenden Verbandsmitteilungen verwiesen, so dürfte man sich nicht wundern, wenn einzelne Heißhühner die Gründung eines besonderen Organs forderten; die Spigen denken daran nicht. Kongresse der Sparten würden notwendig sein, besonders angesichts der bevorstehenden Tarifberatungen. Periodische Kongresse abzuhalten bestrebe keine Meinung. Die Beratungen der internationalen Kongresse wirken immer nützlich für die Sparte, ohne der Allgemeinheit zu schaden. Der Referent habe gesagt, die Gesamtorganisation ist unsere einzige Stütze. Er solle aber unser Bestreben nicht verkennen, unsere eignen Kollegen zu tüchtigen Verbandsmitgliedern zu erziehen.

Popp-Berlin: Wir haben die volle Unterstützung des Gauverbandes gefunden. Gar mancher Mißstand ist noch zu beseitigen. In Dresden werden sogar noch in zwei Druckereien Mädchen an der Segmaschine beschäftigt. Die Mechanikerfrage wird für die Maschinenseher immer brennender. In den Beruf dieser Mechaniker kommen alle möglichen Elemente, Ubrmacher usw. hinein. Die Gauvorstände müßten ein wachsameres Auge haben, ob Leute darunter sind, die uns später schaden können. Unser Ideal ist der Sehermerkmale. Ein Zentralarbeitsnachweis müßte geschaffen werden, der die bestehenden Mißstände beseitigen hilft. Das eigne Organ sollte nur technischen Zwecken dienen. Manches könnten sich die Kollegen hinter den Spiegel stecken. Das würde erzieherisch. Sparte soll nur sein, wo Sparte angeordnet ist. Wir wollen mit der Allgemeinheit marschieren. Was die Beschäftigung ungelerner Arbeiter an der Monotypie betrifft, so würde die

Aufnahme der Gießer in den Tarif für sie von Nutzen sein; es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß auch die Gießer Zutritt zu der Gießmaschine erhalten. Den älteren Gießern ist der Vorwurf zu machen, daß sie sich um die Gießmaschine nicht gekümmert haben. Sie hätten sich mit der Maschine in größerer Zahl vertraut machen sollen.

Albrechts-Berlin gibt kurz eine Schilderung der Umstände, die zur Gründung und zur Aufgabe des eignen Organs der Korrektoren geführt haben und erklärt, daß die Korrektoren durch den „Corr.“ volle Unterstützung gefunden haben. Ein Bedürfnis nach einem eignen Organe bestehe nicht.

Homan-Berlin behandelt die Lage der Stereotypen- und Galvanoplastiker, führt die Mißstände auf die Zunahme der Beschäftigung von Hilfsarbeitern, die Vermehrung der Lehrlinge und den technischen Fortschritt zurück und begründet das Bestehen einer besonderen Unterstützungsstufe, die wöchentlich 7 Mk. Unterstützung zahlt, damit, daß die Arbeitslosen sich alle zwei Tage auf dem Arbeitsnachweise einfinden und dabei eine Restauration, in der sich der Nachweis befindet, aufsuchen müssen. Von Sonderbestrebungen sei also keine Rede. Die Spezialorganisation trage zur Aufklärung bei. Daß die Stereotypen, die vor wenig Jahren noch im Zustande der Verwahrlosung waren, jetzt zahlreich im Verlande organisiert sind, sei der Spezialvereinigung zu danken.

Flaschmann-Berlin (Schriftgießer): Es liegt keine allgemeine Veranlassung vor, eine Veränderung des tariflichen Zustandes für die Gießer anzustreben. Durch die Zeilen- und Gießmaschine sei eine immer größere Arbeitslosigkeit eingetreten. Was die Monotypie mit ihrem Doppelsysteme betrifft, sollte der Verband darauf hinwirken, daß nur Gießer an dem Gießapparate arbeiten dürfen. Der Vorstand hat das als berechtigt anerkannt, aber hinzugefügt, daß die Frage nur bei der Tarifberatung geregelt werden kann. Man hat sich auch an das Tarifamt gewandt und von diesem den Bescheid erhalten, daß es sich außerstande sehe, dem Wunsche zu entsprechen, da die Tarifbehörde nicht berechtigt sei, Bestimmungen zu treffen für eine Gruppe, die der Tarifgemeinschaft nicht angehöre. Das Tarifamt hat aber wenigstens die Monotypie als Gießmaschine im Sinne des Tarifes erklärt, an ihr dürfen nur Buchdrucker arbeiten. Wir haben also keinen direkt abzulehnenden Bescheid erhalten und können Hoffnung auf die Tarifberatung haben. Redner beantragt eine seinen Ausführungen entsprechende Resolution.

Auf Vorschlag Döblins wird dieselbe dem Vorstande zur Erörterung in Gemeinschaft mit der Konferenz der Gausvorsteher und Gehilfenvertreter überwiesen.

Wipfler-Augsburg schließt sich in der Hauptphase den Ausführungen des Referenten an. Er ist nur für einen Zutritt zu den Tagungen der Sparten und gegen Übernahme der ganzen Kosten.

Reismüller-Wien stellt eine Anzahl Bemerkungen richtig, die in der Debatte über österreichische Verhältnisse und über Auslassungen des Redners gemacht worden sind. Die Maschinenseker tragen Schuld an der Arbeitslosigkeit der Handseker. Man trachtet immer nach Erreichung einer Höchstleistung. Wir haben kein Interesse an der Maschine, darum auch kein Interesse daran, unsere Körperkraft so intensiv in den Dienst der Maschine zu stellen. Wir sollen mit der Körper- und Nervenkraft haushalten. Denn wir sind Familienväter und — wer es noch nicht ist, kann es durch Zufall leicht einmal werden (Gehetzer!) — müssen doch an die Zukunft denken. Auch der Kasienstandpunkt bedingt Sparbarkeit mit der Gesundheit. (Beifall.)

Döblin: Mussial hat erklärt, daß er nur seinen persönlichen Standpunkt vertritt. Aber sein Standpunkt deckt sich im großen und ganzen mit dem des Gesamtvorstandes. Das dieser den Sparten objektiv gegenübersteht, hat er bewiesen, indem er Mussial, der selbst einer Spezialorganisation angehört, mit dem Referate betraut hat. Die Hauptaufgabe der Spartenvereine ist die Bekämpfung der Mißstände in ihren eignen Reihen. Was für Auswüchse bestehen, hat der von Mussial vorgeführte Fall gezeigt, in dem der Instruktur glaubte, sich außerhalb des Vorgehens der Kollegen stellen zu dürfen. Bei den Stereotypen ist Überfluß an Arbeitskräften vorhanden, sagt Homan. Wie stimmt aber dazu die Tatsache, daß ein Stereotypen zwei Konditionen zugleich bezieht hält? Die Anträge, die gestellt sind, gehen viel zu weit. Was kann man nicht alles in den Antrag Leipzig hineinlegen. Unterstützung der Agitation für die Spartenvereine muß abgelehnt werden. Nur wenn sie aus dem Bedürfnisse herauswachsen, kann man ihre Berechtigung anerkennen. Sie sollen aber nicht künstlich durch Agitation erzeugt werden. Die Korrektoren sind in der Lage, ihre Wünsche hinsichtlich des Tarifes ohne besondere Organisation zur Geltung zu bringen. Bei der eigenartigen Entwicklung des Maschinenwesens ist für die Drucker das Spartenbedürfnis anzuerkennen. Wir wollen nicht Gegenstände in die Erscheinung treten lassen. Daß dies geschehen kann, liegt hier nahe. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt werden können, beschäftigt man sich in den Sparten damit und daraus entwickelt sich der Gegensatz. Ich bitte auszusprechen, daß der Verband die Kosten der Spartenkongresse voll bezahlt. Es wird Sie eigentlichlich berührt haben, daß wir auf dem internationalen Maschinenmeisterkongresse nicht vertreten waren. Das geschah aus prinzipiellen Gründen: Bei der diffizilen Art unserer Tarifgemeinschaft können wir uns nicht an internationale Ab-

machungen binden. Redner macht für die Unterstützung einen Vorschlag, der in der später eingebrachten Resolution Mylan und Genossen aufgenommen ist. Die verantwortlichen Leiter des Verbandes müssen Gelegenheit haben, den Tagungen beizuwohnen. Es geht daher auch nicht an, daß, wie für 1906 geplant, alle Tagungen auf einen Termin verlegt werden. In meinen Vorschlägen habe ich deshalb die Bedingung aufgestellt, daß der Verbandsvorstand Einfluß auf den Zeitpunkt der Tagung erhalte. Die Unterstützungsbedingungen der Spartenvereine sind ein Übel. Sie waren früher begreiflich, wo der Verband nur 7 Mk. Unterstützung zahlte. Heute erhält ein Stereotypen mit seinen 7 Mk. von der Sparte 21 Mk.; da ist es kein Wunder, das Konditionen mit tarifmäßigem Minimum abgelehnt worden sind auf Grund der Unterstützung. Derartige Ausnahmen müssen wir aus der Welt schaffen, sonst leidet die Einheitlichkeit darunter. Das entspricht keiner Animosität, sondern ist ein Erzeugnis der Entwicklung. Den Gedanken, daß dem einen oder andern Unrecht geschieht, dürfen wir nicht aufkommen lassen. Summe müssen wir unsere Maßnahmen so treffen, daß wir die Schäden, die die Entwicklung bringt, paralisieren.

Schliebs-Berlin (Sekretär des Tarifamtes) klärt eine lange Reihe Mißverständnisse auf, die die Debatte gebracht, soweit es sich um die Stellungnahme des Tarifamtes handelt. Zur Ueberschreitung der Lehrlingskala führt er aus: Seien Sie doch offen genug, auszusprechen, daß in letzter Zeit darauf gebrückt worden ist, daß die Kala eingekapen werde. Ich erinnere besonders an die Bekanntmachung des Tarifamtes wegen Annahme neuer Lehrlinge. Sie ist nicht nur unseren Publikationsorganen, sondern allen Buchdruckerblättern zugegangen. Wir haben besonders die Gehilfen aufgefordert, auf die Einhaltung hinzuwirken. Und die Geschäfte haben wir vor die Alternative gestellt, daß sie nicht mehr zu den tariftreuen Druckerzeilen zählen, wenn sie nicht die Kala einhielten. Gewiß bestehen Mißstände. Aber zeigen Sie mir ein Gewerbe, in dem eine solche Regelung wie bei uns besteht. Der Verband und die Tariforgane haben sich ständig um Regelung der Verhältnisse bemüht. Ein besonderer Notstand für die Maschinenseker besteht nicht. Wegen die Handseker sind sie voraus. Sie haben im Lohne ihren Vorteil, auch haben sie kürzere Arbeitszeit. Wenn Mißstände vorliegen, so haben sie ihre Ursache bei den Maschinenseker selbst. Redner geht noch näher auf einzelne Fragen des Gießmaschinenwesens ein und stellt sich bezüglich der Instrukturfrage auf den Standpunkt des Vorstandes.

Inzwischen ist die erwähnte Resolution Mylan und Genossen eingegangen, sie lautet:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß die im Rahmen des Verbandes wirkenden Spezialorganisationen der Maschinenmeister, Maschinenseker, Korrektoren, Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker unter den heutigen Verhältnissen eine dringende Notwendigkeit sind. Es wird anerkannt, daß gerade die Spezialorganisationen imstande sind, die dem Verlande so nützliche Aufklärung unter den Mitgliedern zu fördern, andererseits der technischen Ausbildung den größtmöglichen Vorstoß zu leisten. Aus diesen Gründen wird der Zentralvorstand ermächtigt, sich nötig machende Kongresse einzelner Sparten finanziell zu unterstützen. Auch steht ihm eine Mitbestimmung über Ort, Zeit und Vertretung auf solchen Kongressen zu. Die Generalversammlung verurteilt jedoch entschiedenen Bestrebungen, die ein vom Verlande gefondertes Unterstützungsziel propagieren.“

Hesselbarth-Leipzig spricht im Sinne der Resolution. Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Mussial gibt im Schlußworte noch einige Ergänzungen an und geht kurz auf einige Einwendungen der Redner ein.

Reyhäuser stellt in persönlichen Bemerkungen die Angriffe kräftig auf den „Corr.“ richtig.

Wendtsche-Dresden protestiert in persönlicher Bemerkung dagegen, daß der Dresdener Gausvorstand in der Angelegenheit der Seherinnen an Maschinen keine Pflicht nicht erfüllt habe, und erklärt, Jops habe ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse gesprochen.

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen Kräftes, Jops, Wendtsches und Reyhäusers wird die Resolution Mylan einstimmig angenommen. Damit sind alle zu diesem Punkte gestellten Anträge erledigt.

Döblin gibt dann folgende Begrüßungs-Telegramme bekannt:

Den Verhandlungen im Interesse des Verbandes besten Erfolg wünschend mit einem Hoch auf den Verband. Mitgliedschaft Goslar.

Während wir fröhlich lachen — Sigt Jhr, beratet dort ernste Sachen — Aergert Rez, den Emil auch — Opponier'n ist 'mal so Brauch — Fahrt nur zur Bastei hinüber — Dann sind wir alle wieder Brüder. Prost! Johanniskommers Mecklenburg-Zübed.

Von Riffingen am Saalefranz — Da sei Euch unser Gruß gesandt — Doch denkt daran, es ist 'ne Schmach — Hier gibt es kein'n Votalspruch. Ortsverein Riffingen.

Aus Graubenz im Westpreußenland — Ein donnernd Hoch bringt dem Verband — Der dortige Ortsverein — Verbandestreu wird er stets sein. „Gott grüß die Kunst!“ Waldbäuschen.

Außer einer poetischen Begrüßung des Kollegen Heinrich Schneider-Wanne liegen noch folgende Begrüßungs-Telegramme und -Schriften vor:

Die zum gemeinsamen Johanniskommers des Meisters Gutenberg vereinigten Ortsvereine Hagen und Dortmund senden dem Buchdruckerparlamenten Gruß und wünschen seiner eifriger Arbeit besten Erfolg für den weiteren Fortschritt und das Wohl unsrer Organisation!

Bereit zur Feier der 25-jährigen Verbandsangehörigkeit des Kollegen Schmidt entbietet Gruß die Mitgliedschaft Kist. Hoch der Verband!

Die zum gemeinsamen Johanniskommers verammelten Bezirksvereine Kaiserslautern, Ludwigshafen (Rhein) und Neustadt (Saardt) sowie Kollegen und Steinbruder von Dürkheim entbieten den Verbandsberatern herzlichste Grüße. Grützsch.

Vom Festkommers senden fünf Mitglieder untergeordneten Bezirks zum eugäntlichen harmonischen Abschlusse der Generalversammlung die herzlichsten Grüße

Bezirksverein Hanau. Bezirksverein Kemscheid. Der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker entbietet der neugegründete Ortsverein Brühl (Bezirk Köln) die herzlichsten Grüße und wünscht der Versammlung bestes Gelingen. —

Frau Paula Thiede verabschiedet sich von der Generalversammlung, indem sie für die Einladung und die Aufmerksamkeit dankt. Sie hofft, daß die gepflogenen Aussprachen von Nutzen sein werden und bittet, die Hilfsarbeiterorganisation in ihrem Wirken zu unterstützen. Darauf wird die Sitzung geschlossen.

* * *

Dresden, 26. Juni 1905.

Adler Tag.

Zur Beratung steht Punkt VI: Besprechung über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses.

Berichterstatter Seiz: Der Kongreß fand in demselben Lokale statt, in dem 1893 der bekannte Zusammenstoß zwischen den Parteien und den Gewerkschaftsführern erfolgte, bei welchem von ersteren ausgesprochen wurde, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung den Gewerkschaften der Todesstoß versetzt werden würde. Die Dinge sind anders gekommen. Die Gewerkschaften sind seitdem so gewachsen, daß auf diesem Kongresse über 1 1/2 Millionen Mitglieder vertreten waren. An innerer Kraft sind die Gewerkschaften in gleicher Weise gewachsen. Und man darf behaupten, daß in den Gewerkschaften den Arbeitern ein wirksames Mittel zur Hebung ihrer Gesamtlage gegeben ist. Redner schildert dann die Verhandlungen bzw. Beschlüsse über die einzelnen Punkte: Regelung der Streitunterstützung, Generalfest und Maisfeier, Stellung der Gewerkschaften zu den Genossenschaften, die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle, Arbeits- oder Arbeiterkammern, Grenzstreitigkeiten, Wahl der Generalkommission, Heimarbeitfrage usw. Da sich die Darstellungen des Referenten im wesentlichen mit denen des „Corr.“ decken, darf sich der Berichterstatter eine Wiedergabe derselben sparen. Zur Maisfeier erklärt Redner, daß eine Änderung in der Form der Maisfeier notwendig sei. Sie müsse eine Abendfeier sein; man solle auch nicht den Zweck der Maisfeier erfüllen lassen in dem demonstrativen Eintreten für Arbeiterforderungen an diesem einen Tage, man solle die Maisfeier zu einem Agitations- und Werbetage für die Gewerkschaften ausgestalten. Die Abstimmung über die Frage, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern ist zugunsten der letzteren ausgefallen; wir müssen uns damit abfinden, erklärt Referent, ich neige aber der Ansicht des Referenten Unbreit zu, daß, da die ganze Entwicklung der Gewerkschaften darauf hinausläuft, mit den Unternehmern in Fühlung zu bleiben, die paritätische Kammer also das Richtiger sein würde. Außer dem Angriffe Bods auf Reyhäuser verließ dieser Kongreß im Gegenfaze zu früheren ohne jede Buchdruckerdebatte. Bei der Wahl der Generalkommission erhielt Döblin 140 Stimmen von etwa 180, also bedeutend mehr als in früheren Fällen, worin jedenfalls eine Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Buchdrucker liegt. Der Kongreß war ein Schritt nach vorwärts, er hat die Selbstständigkeit der Gewerkschaften gefördert. In dieser Richtung müssen wir arbeiten. Wir bestreiten nicht, daß auch politische Betätigung der Arbeiter notwendig ist. Die Gewerkschaften aber sind berufen, für die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter im Gegenwartstaate zu wirken.

Die Anträge, die zu dem Punkte vorliegen, werden mit zur Debatte gestellt.

Härtele-Breslau befürwortet den Antrag Breslau. Wasjini regt an, bei der nächsten Tarifberatung einmal auch die Maisfeier mit in Berücksichtigung zu ziehen.

Domine hält die Anregung Wasjini für aussichtslos. Man solle von einer Propagierung der Arbeiterkrise absehen und für eine Abendfeier eintreten.

Döblin wünscht nicht, daß eine nutzlose Auseinandersetzung über die Maisfeier stattfinde. Es handle sich nicht um die Stellung der Buchdrucker zur Maisfeier, sondern um die der Arbeiterschaft überhaupt.

Müller-Breslau befürwortet den Antrag-Breslau.

Döblin weist darauf hin, daß die Metallarbeiter auf 15000 Mitglieder einen Vertreter auf dem Gewerkschaftskongresse hätten. Wir hätten auf 8000 Mitglieder einen, außerdem war noch unser Redakteur anwesend.

Dorsch schlägt vor, dem Redakteur Sitz und Stimme auf dem Gewerkschaftskongress zu geben. In der Meisefrage sollten für uns die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Amsterdam maßgebend sein.

Weber-Berlin wendet sich gegen den Standpunkt Dominés, daß man die Arbeitstrübe nicht propagieren solle. Man solle nicht so schroff die Frage des Generalstreiks abweisen.

Reghäuser: Es ist ziemlich überflüssig, uns wegen der Meisefrage festzulegen, nachdem das selbst der Gewerkschaftskongress nicht getan hat. Die Besichtigung des internationalen Arbeiterkongresses würde den Buchdruckern Verpflichtungen auferlegen, die wir nicht auf uns nehmen können. Was meine Teilnahme am Gewerkschaftskongress betrifft, so hatte ich allerdings die Meinung, als Delegierter auf den Kongress zu gehen, und es war natürlich deprimierend, nur als Berichterstatter dort zu sein und kein Recht zu haben, den Angriff Bots abzuwehren, um so mehr, als der Kongress auch die Liberalität des Metzgerkongresses, der dem Journalisten Friedländer das Wort zur Abwehr von Angriffen gewährt hatte, nicht geißelt hat. Ich bitte zu erklären, daß der Redakteur Delegierter auf dem Gewerkschaftskongress ist. Ueber den Generalstreik hier zu debattieren, ist überflüssig. Lassen Sie doch erst einmal den Versuch kommen, Wahlrecht und Koalitionsrecht den Arbeitern zu nehmen. Man reißt durch das fortwährende Reden darüber die Regierung geradezu zu dem Versuche heraus. Das Wahlrecht und das Koalitionsrecht wird den Arbeitern nicht genommen werden, ebensowenig wie die Folter wieder in die Strafrechtspflege aufgenommen werden wird. Die Arbeiter müssen lernen, mit den gegebenen Mitteln und unter den gegebenen Verhältnissen für die Hebung ihrer Lage und die Stärkung ihrer Position zu arbeiten.

Müller-Essen wendet sich gegen die Äußerung Bömelburgs über den Zusammenhang der Partei und der Gewerkschaften. Unsere Mitglieder in Rheinlands-Bestfalen sind in politischer Hinsicht so verschärfte Gesinnung, daß man nur der christlichen Strömung Wasser auf die Mühle leitet. Bömelburgs Äußerung mußte zurückgewiesen werden.

Döblin erklärt sich mitschuldig daran, daß Reghäuser auf dem Kongress nicht Sitz und Stimme hatte, aber nur aus Disziplin, die auch wir hochhalten, habe das eintreten müssen. Die Gewerkschaftskonferenz hatte Reghäuser Sitz und Stimme zugesprochen. Sie steht aber nicht über der Generalversammlung. Und so konnte der Vorstand auch ihrem Beschlusse nicht nachkommen.

In der Abstimmung lehnt es die Generalversammlung ab, einen andern Modus für die Besichtigung festzusetzen. Nur wird der Redakteur zu der bisherigen Vertretung hinzugezogen. Die vorliegenden Anträge sind damit erledigt.

Die Generalversammlung beschließt noch, daß der Verband auf den internationalen Arbeiterkongressen vertreten sein soll. Mit Zustimmung der Generalversammlung stellt Döblin fest, daß die Art der Betätigung auf den Kongressen dem Vorstande überlassen ist.

Es folgt Punkt V: Besprechung über unsere internationalen Beziehungen.

Döblin erklärt, daß wesentliche Differenzen mit anderen Verbänden nicht zu verzeichnen gewesen sind. Mit dem Elsaß-Lothringischen Verbande hat eine neue Aussprache über den Anschluß desselben an den deutschen Verband stattgefunden. Der Anschluß ist jetzt durch den Umstand näher gerückt, daß die reichsständischen Prinzipale sich der Organisation der deutschen Prinzipale anzuschließen beschlossen haben und daß auch auf einen Anschluß an die deutsche Tarifgemeinschaft nach Ablauf des laufenden Tarifvertrages hingearbeitet werde. Man darf nicht denken, daß wir ein besonderes Interesse an der Verschmelzung haben. Der Anschluß wird in Elsaß-Lothringen in einer Weise bekämpft, die uns nicht verlockend erscheint. Wir würden nur einen neuen Zuwachs unzufriedener Elemente erhalten. Die eigenartigen Verhältnisse, die nationalen und sprachlichen Verschiedenheiten bedingen einen Ausnahmezustand. Es wird den Kollegen erzählt, die deutsche Tariforganisation wirke schädigend; dazu kommt, daß der Beitrag im deutschen Verbande höher ist. Wenn ich den Kollegen von Elsaß-Lothringen trotzdem raten muß, sich uns anzuschließen, so nur, weil sie sich nicht einer ungünstigeren Lage aussetzen können, wie sie für sie durch die von mir bezeichnete Veränderung der Verhältnisse eintreten wird.

Bejer stellt einen Differenzfall dar, der mit dem böhmischen Verbande eingetreten war.

Schmoll (Vorsteher des Elsaß-Lothringischen Verbandes): Ich gebe zu, daß eine große Antipathie bei den reichsständischen Kollegen gegen den deutschen Verband besteht. Nicht bei der Gesamtheit, sondern nur bei einem Teile, der allerdings die Mehrheit bildet. Redner schildert die Ursachen, aus denen die Separation der Elsaß-Lothringer sich ergeben hat. Die Antipathie gegen den deutschen Verband ist künstlich in unsern Verband hineingetragen worden, zum Teile durch deutsche Kollegen selbst. Nun, da sich die Verhältnisse ändern angesichts der Haltung unserer Prinzipalität, ist die Frage des Anschlusses akut geworden. Wenn die Prinzipalität keinen Vertrag wieder mit uns abschließen will, drängt sich uns der Anschluß an die deutschen Einrichtungen auf. Und man wird nicht davon zurücktreten dürfen, den Anschluß so bald als möglich zu vollziehen. Man fürchtet, daß mit ihm eine tarifliche Verschlechterung verknüpft sein werde.

Die Gefahr, daß unseren Kollegen eine Reduktion zugunommen wird, brauchen wir nicht zu fürchten. Auch die Verschicktheit der Beiträge, an die sich die Unfrigen stoßen, darf nicht den Ausschlag geben. Sie werden mit den Elsaß-Lothringischen Kollegen eine tüchtige Mitgliedschaft finden, die ihren Aufgaben gewachsen sein wird. Redner dankt noch dafür, daß ihm die Möglichkeit gegeben worden ist, den Verhandlungen der Generalversammlung beizuwohnen zu können.

Stautner-Bern (internationaler Sekretär) teilt mit, daß auch das Sekretariat im Sinne des Anschlusses auf den Elsaß-Lothringischen Verband eingewirkt hat. Auch er dankt, daß ihm Gelegenheit gegeben wurde, den Dresdener Verhandlungen beizuwohnen zu können und die Taktik wie die Verhältnisse desjenigen Verbandes kennen zu lernen, der über ein Drittel der Mitglieder der internationalen Sekretariat zusammengeschlossenen Verbände repräsentiert. Er wiederholt die schon auf der Münchener Generalversammlung ausgesprochene Bitte, dem Sekretariat größeres Interesse zuzuwenden und es in der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen, besonders auch den kleinen Verbänden Schutz und Hilfe anzuwenden zu lassen.

Nach weiterer kurzer Debatte ist der Punkt erledigt und man geht über zur Festsetzung der Tagegelder für die Delegierten.

Dominé schlägt namens der Diätenkommission 10 Mk. Diäten, Arbeitsentlohnung und Fahrt dritter Klasse vor. Das wird angenommen.

Dann wird die Beratung der Statutänderungsanträge, welche das Kassenwesen nicht berühren, fortgesetzt.

Der Antrag zu § 5e Absatz 3, welcher lautet: „In außerordentlichen Fällen erfolgt die Ausschließung durch den Verbandsvorstand mit Zustimmung der Mehrheit der Gewerkschaften, ist zu streichen“, gestellt von Wehrade, Hannover, Berlin, begründet Fritzsche-Hannover. Er wünscht, daß der Passus, der aus Anlaß der Oppositionsbewegung in das Statut kam und ein Ausnahmefestsetz sei, nun falls, da kein Anlaß mehr dazu vorliege.

Döblin: Die Beseitigung müßte schädigend wirken. Wenn uns der Passus auch kein Vergnügen macht, so möchte ich doch davor warnen, die frühere Situation wieder herbeizuführen, daß wir den Verband gegen schädigendes Treiben schützen müssen, ohne dazu die formelle Handhabe im Statut zu haben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag vom Bezirke Karlsruhe: „In denjenigen Orten, in denen sich die Mitglieder zu einem Ortsvereine zusammengeschlossen, sind die Mitglieder verpflichtet, wenigstens zweimal im Jahre den Versammlungen beizuwohnen, andernfalls Ausschluss erfolgt“, ist zurückgezogen.

Zu § 10 beantragt Stuttgart folgenden neuen Absatz: „Für die Zeit einer Inhaftierung wird keine der aufgeführten Unterstützungen gewährt. Die Weiterzahlung derselben kann erst dann wieder beginnen, wenn das Mitglied aus der Haft entlassen und sich erwiesen, daß das betreffende Vergehen nicht unter die Bestimmung des § 5c des Statutes fällt.“

Döblin weist auf den Fall des Kollegen Dreves hin. Es sei notwendig, eine Vorkehrung zu treffen, daß in Fällen von Inhaftierungen nicht Ansprüche an die Verbandskasse gestellt werden. Der Antrag Stuttgart trifft das Richtige. Ich empfehle ihm zur Annahme.

Die Generalversammlung nimmt den Antrag an. Der Antrag Berlin zu § 13: Absatz 1 Zeile 2 ist anstatt „4 Beisitzern“ zu sagen: „6 Beisitzern“, ruft eine längere Debatte hervor und wird schließlich abgelehnt. Massini zweifelt das Ergebnis der Abstimmung an. Die darauf vorgenommene Neuzählung ergibt 54 Stimmen für und 32 Stimmen gegen den Antrag.

Der Antrag Leipzig zu § 14: „Der mit Ziffer 5 bezeichnete Absatz ist zu streichen und dafür dem § 28 Ziffer 3 folgende Fassung zu geben: 3. Die Festsetzung der Gehälter und Entschädigungen der Vorstandsmitglieder und Hilfsbeamten sowie der Tagegelder für die Delegierten.“ Ferner ist in § 28 Ziffer 5 hinter dem Worte „Kassierers“ einzufügen: „sowie der Hilfsbeamten“ wird nach längerer Debatte für erledigt erklärt, nachdem Döblin die Erklärung abgegeben hat, daß der Vorstand sich mit der Redaktion bemühen werde, für Abstellung vorgebrachter berechtigter Beschwerden zu sorgen.

Der Antrag des Bezirkes Kottbus zu § 22: „Die Gewerkschaften sind verpflichtet, in vierteljährlichen oder halbjährlichen Zwischenräumen die Namen derjenigen Buchdruckereien zu veröffentlichen, welche außerhalb des § 2 der Beschlüsse b stehen“, wird abgelehnt.

Die Anträge der Bezirke Straßburg und Ludwigslust über die Zusammenfassung der Generalversammlung werden abgelehnt. Der Antrag Königsberg über dieselbe Materie wird zurückgezogen. Der Antrag vom Bezirke Essen: „Im Absätze 2 sind die Zahlen derart zu ändern, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter zu wählen ist. Weniger als 250 überzählige Mitglieder werden nicht gezählt“, wird mit 48 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Zu Anschlägen an die Beratung dieser Anträge kommt eine Resolution zur Verhandlung, die von der Mandatprüfungs-Kommission ausgearbeitet worden ist, und zur Annahme vorgeschlagen wird. Die Resolution lautet: „In Anbetracht der zu den Wahlen der Delegierten zur V. Ordentlichen Generalversammlung eingegangenen Proteste und sonstigen Einwendungen erklärt die Generalversammlung zum § 24 des Statutes:

1. Bei Wahlen sind die Wähler an eine bestimmte Kandidatenliste nicht gebunden. Zu diesem Zwecke

muß ein Blankoteil auf dem Stimmzettel vorhanden sein.

2. Die Wahl von besonderen Stellvertretern ist im Statut nicht vorgesehen, daher unzulässig. Es sind jedoch mehr Kandidaten aufzustellen, als Delegierte zu wählen sind. Als Stellvertreter gelten diejenigen, welche nach den Gewählten die nächstmeisten Stimmen auf sich vereinigen, sofern die absolute Mehrheit erreicht ist.

3. Die Eröffnung der Stimmzettel und Ermittlung des Wahlergebnisses ist Angelegenheit des Gewerkschaftsstandes und soll in öffentlicher Sitzung vorgenommen werden. Die Feststellung des Wahlergebnisses nach Druckerien, Orten oder Bezirken ist unzulässig.

4. Bei Stichwahlen entscheidet die einfache Mehrheit, bei Stimmgleichheit das Los.

Flapproth-Hannover begründet die Resolution im Namen der Kommission. Nachdem auf Antrag Giesecke der zweite Satz des Punktes 1 und auf Antrag Weischnid der Nachsatz des ersten Satzes von Punkt 3 eingefügt worden, wird die Resolution mit der Maßgabe angenommen, daß sie nicht in das Statut aufgenommen, aber protokolllarisch festgelegt wird.

Den Bericht der Eskerkommission, welcher die die, Kassenverhältnisse betreffenden Anträge überwiesen waren erstattet Demuth-Hamburg. Er verweist darauf, daß bei den Beschlüssen das Prinzip maßgebend war, eine Beitragserhöhung zu vermeiden, und was geändert werden konnte, immer nur mit Hinsicht auf dieses Prinzip geschehen ist. Berücksichtigt mußte ferner werden, daß 1. der Verband ihn dauernd belastende Verpflichtungen hat, die eine jährliche Rücklage von 150000 Mk. erfordern, daß 2. die Annahme der vorliegenden Anträge im ganzen eine Mehrausgabe von 600000 Mk. bedingen würde.

Zur Annahme empfiehlt die Kommission folgende Anträge:

a) Reiseunterstützung.

Zu § 1. Dem Absätze 6 ist am Schlusse anzufügen: „Die erhöhte Unterstützung von 1,25 Mk. pro Tag jedoch erst dann, wenn von den insgesamt geforderten 75 Wochenbeiträgen in Kondition mindestens 26 Wochenbeiträge in Deutschland gezahlt sind. Auf die Mitglieder des Elsaß-Lothringischen Verbandes findet diese Bestimmung keine Anwendung. (Verbandsvorstand).“

Zu § 7. Die Einleitung soll lauten: „Dem Militär nach Beendigung der Dienstzeit gefund entlassen“ usw. wie bisher. (Verbandsvorstand).

Zu § 11. Die Generalversammlung wolle in den „Beschlüssen“ zu a) Reiseunterstützung vermehren, daß bei Konditionsangeboten nach auswärts die von den Reisenden benötigte Summe ausbezahlt ist und der jeweilige Konditionsort resp. die Orts- oder Bezirksverwaltung die Verpflichtung hat, das Geld wieder einzuziehen und als Rückzahlung zu verbuchen, mit der Änderung, daß Zeile 3 vor „Konditionsangeboten“ eingefügt wird: „nachweisbaren“, und Zeile 3 nach „auswärts“: „in besonderen Fällen.“ (Bezirk Mainz.)

b) Ortsunterstützung:

Zu § 1. In Absatz 7, letzte Zeile, und Absatz 8, letzte Zeile, ist anstatt „Arbeitslagen“ zu sagen „Wohntagen.“ (Verbandsvorstand).

Zu § 2 Absatz 1 ist der Schlußsatz: „Nach Ablauf dieser Zeit“ usw. zu streichen und dafür zu setzen: „Die bezogenen Tage werden bei der Dauer der Bezugsberechtigung am Orte in Anrechnung gebracht, und tritt alsdann für die Mitglieder, welche zu mehr als 10 Wochen (70 Tage) Ortsunterstützung berechtigt sind, für die übrige Dauer der Bezugsberechtigung die gewöhnliche Orts- resp. Reiseunterstützung ein.“ (Verbandsvorstand).

Zu § 3. Neuer Absatz: „Jedes konditionslose Mitglied ist verpflichtet, sich bei dem etwa im Bezirke vorhandenen partitätischen Arbeitsnachweise eintragen zu lassen“, mit der Änderung, daß in Zeile 3 „partitätischen“ durch „tariflichen“ ersetzt wird. (Bezirk Saarbrücken.)

Zu § 4 Absatz 2 Zeile 3 ist hinter dem Worte „treten“ einzufügen: „nach Vorlegung ihrer Militärpapiere.“ (Verbandsvorstand).

Zu § 9. Dieser Paragraph ist in seiner bisherigen Fassung zu streichen und dafür zu setzen: „Bei grober Selbstverleumdung der Arbeitslosigkeit, erwiesener Nichtbefolgung der durch diese Beschlüsse gemachten Vorschriften und auferlegten Pflichten, wird die Unterstüttung je nach den Umständen auf die Dauer von ein bis vier Wochen, in besonders schweren Fällen jedoch, und wenn nach Beiträgen bei eintretender Konditionslosigkeit im Rückstande geblieben sind, wird die Unterstüttung für die ganze Dauer der jeweiligen Arbeitslosigkeit entzogen mit der Änderung, daß es in Zeile 6 und 7 einfach heißt: „bis zur Dauer von vier Wochen.“ (Münchberg.)

Im Anschlusse an die Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung schlägt die Kommission folgende Resolution betreffs Aufhebung der Gauzuschüsse vor:

Die Eskerkommission ist einmütig der Ansicht, daß nach Lage der Sache eine Aufhebung der Gauzuschüsse nicht in die Wege geleitet werden kann, ohne nicht gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes unter Erhöhung des Betrages von 10 Pf. auf 2 Mk. pro Tag zu erhöhen. Eine solche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus der Verbandskasse kann aber nicht zum Vorteile des Verbandes gereichen.

Die Kommission erklärt aber auch, daß überall da, wo Zuschüsse aus der Gewerbesteuer zur Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, weitere Zuschüsse aus Mitteln der Bezirks- oder Ortsvereine sowie der einzelnen Spezialvereine aufzubringen haben, um den Vorwürfen der Schädigung derjenigen Mitglieder, die abweisend bald da, bald dort konditionieren, nach Möglichkeit zu begegnen.

c) Umzugskosten:

Ab§ 4 ist in seiner jetzigen Fassung zu streichen und dafür zu setzen: „An Unterstützungen werden gewährt bei Umzügen von einem Orte zum andern und einer Entfernung von mindestens 5 bis 20 Kilometern für jeden Kilometer 1 Mk., für jeden weiteren Kilometer bei bis zu 200 Wochenbeiträgen 10 Pf. mehr; bei je 50 über 200 geleisteten Wochenbeiträgen für jeden weiteren Kilometer 1 Pf. mehr, bei über 300 geleisteten Wochenbeiträgen außerdem für die zur Zahlung des Jahrgeldes verpflichteten Familienmitglieder pro Person und Kilometer 1 Pf., jedoch darf der Gesamtbetrag 100 Mk. nicht übersteigen.“ (Verbandsvorstand.)

mit folgenden Änderungen: Zeile 3 heißt es statt „Orte“: „Arbeitsorte“, Zeile 4 statt „5 bis 20“: „15 bis 20“, Zeile 5 wird hinter 1 Mk. eingeschaltet: „jedoch nicht unter 20 Mk.“

d) Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige (Kranke).

Zu § 6. Der Schlusssatz: „Die festgesetzten Ordnungsstrafen“ usw. ist zu streichen und dafür zu setzen: „Die Festsetzung der Ordnungsstrafen erfolgt auf Antrag des Gauvorstandes durch den Verbandsvorstand.“ (Verbandsvorstand.)

e) Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige (Invaliden).

Zu § 1. Absatz 1 mit den Unterabteilungen 1, 2 und 3 ist in seiner jetzigen Fassung zu streichen und dafür zu setzen:

1. wenn der Beitritt innerhalb des ersten Jahres nach beendeter Lehrzeit erfolgt, nach Leistung von 250 Beiträgen;
2. wenn der Beitritt nach Ablauf eines Jahres erfolgt, nach Leistung von 500 Beiträgen;
3. wenn der Beitritt erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgt, nach Leistung von 750 Beiträgen (Verbandsvorstand.)

mit folgenden Änderungen: Die Einleitung lautet: „Vorgenannte Unterstützung kann erworben werden.“

Zu Absatz 2 heißt es statt „500 Beiträge“: „475 Beiträge“, in Absatz 3 statt „750 Beiträge“: „700 Beiträge“.

Zu § 2 Absatz 1 ist am Schlusse einzufügen: „und unterliegen während der Dauer des Bezuges dieser Unterstützung den Kontrollvorschriften für Kranke bis zu ihrer Genesung resp. bis zu ihrer durch ärztliches Urteyl zu beglaubigenden dauernden Erwerbsunfähigkeit.“ (Verbandsvorstand.)

Zu § 4 Absatz 2 Zeile 1 hinter „im Auslande“ einzufügen: „oder wegen Berufswechsels ausgetreten und länger als fünf Jahre dem Berufe fern waren.“ (Verbandsvorstand.)

Neuer Absatz: „In der Krankenunterstützung aus- gesteuerte, zur Invalidenunterstützung aber noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder haben sich zur Sicherung ihres Anrechtes auf Sterbegeld mindestens halbjährlich einmal bei der betreffenden Orts- bzw. Bezirksverwaltung zu melden, unter Streichung der gesperrt gedruckten Stellen.“ (Verbandsvorstand.)

Zu § 7, neuer Absatz: „Invaliden, welche wieder arbeitsfähig und als zahlende Mitglieder anerkannt werden, haben erst wieder 6 Wochenbeiträge zu entrichten, um Ortsunterstützung, und 26 Wochenbeiträge um Krankenunterstützung beziehen zu können.“ (Verbandsvorstand.)

Zu § 7: „Sobald ein Invalide aus anderweitiger Beschäftigung und gesetzlichem Rentenbezug ein nachweisbares Einkommen in Höhe von zwei Dritteln des tariflichen Minimums seines letzten Konditionsortes erzielt, so verringert sich die Invalidenunterstützung um die Hälfte; erreicht das Einkommen die Höhe des vollen Minimums, so fällt die Unterstützung ganz fort.“

Für das

Sterbegeld

wird folgende Stala vorgeschlagen:

Bei 13—50 Beiträgen	50 Mk.
„ 51—250 „	100 „
„ 251—500 „	150 „
„ 501—750 „	200 „
„ 751—1000 „	250 „
„ 1001—1250 „	300 „
„ über 1250 „	350 „

Außerdem wird noch folgende Bestimmung vorgeschlagen.

Zu § 11: „Das Sterbegeld wird in der Regel nur an die direkten und sich als solche ausweisenden Leibeserben gezahlt; in besonderen Fällen auch an Eltern, Geschwister und Pfleger, sofern dieselben nachweisbar sich um die Pflege und den Unterhalt des Verstorbenen verdient gemacht haben. Die Entscheidung hierüber steht dem zuständigen Gauvorstande und in Streitfällen endgültig dem Verbandsvorstande zu.“

Im allgemeinen schlägt die Kommission noch folgende Resolution vor:

„Den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird für die Folge zur Beachtung empfohlen: Bei Anträgen zur Neuerrichtung von weiteren Unterstützungsvereinigungen stets die Zwecke und die Ziele des Verbandes im Auge zu behalten und sich dabei zu vergewissern, daß die Mitglieder einer Organisation nur gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben können.“

Nach kurzer Debatte werden die Kommissionsvorschlüge in Enklosabstimmung angenommen, ebenso die Resolutionen.

Die übrigen zum Statut gestellten Anträge sind damit erledigt.

Die Frage, ob Sehmashinenmechaniker in den Verband aufgenommen werden können, wird bejahend beantwortet mit dem Hinzufügen, daß die zuständigen Funktionäre in Verbindung mit dem Zentralvorstande nach genauer Prüfung des Einzelfalles die Aufnahme bewirken können.

Die Generalversammlung bringt zum Ausdruck, daß die Erhebung von Beiträgen obligatorisch nur für den Verband zulässig ist. Andere Beiträge dürfen nur freiwillig sein.

Reeh-Mainz protestiert, da der Gau Mittelrhein erst auf dem letzten Gantage einen entgegengesetzten Beschluß gefaßt habe.

Döblin erklärt, daß dann eben der Beschluß aufgehoben werden müsse, da er gegen das Verbandsstatut verstoße. Auf Anfrage Beschnitts erklärt er, daß Beiträge für Gewerkschaftskartelle usw. als im Verbandsinteresse liegend anerkannt werden. Die Generalversammlung ist damit einverstanden.

Bei der Beratung des Punktes IX tritt Döblin den Vorsitz an Erbe ab.

Es liegt eine Vorlage der Kommission zum Gehaltsregulative vor, die von Dorsch begründet wird und die folgende Gehaltsregulierung vorgeschlägt:

Vorsitzender	2700 + 15 × 100 Mk. (also eine jährliche Steigerung um 100 Mk.) = 4200	
Kassierer	Redakteur	2700 + 15 × 100 Mk. = 4200
Dem Vorsitzenden außerdem eine Zulage für besondere Anlässe von jährlich 200 Mk.		
Berwalter	2400 + 15 × 100 = 3900 Mk.	
Hilfsbeamte	2000 + 5 × 100 + 10 × 50 = 3000	
Derzeitige Gehälter und Zulagen:		
Döblin (17 Jahre Dienstzeit):	3000 + 200 + 300 + 200 = 3700 Mk.	
Eißler (14 Jahre Dienstzeit):	2900 + 300 + 200 = 3400	
Beher (17 Jahre Dienstzeit):	2900 + 300 = 3200	
Reyhäuser (9 Jahre Dienstzeit):	3000 + 300 = 3300	
Konrad Gähler (9 Jahre Dienstzeit):	2200 + 200 = 2400	
(Befall der seitherigen Besessenen)	2200 = 2200	
W. Krahl (1 1/2 Jahre Dienstzeit)	2200 = 2200	
Schubert (15 Jahre Dienstzeit)	2400 = 2400	

Die Beamten haben das Recht auf jährlich 14 Tage Ferien. Die notwendige Vertretung ist entsprechend zu honorieren. Doch ist die Kommission der Ansicht, daß gegenseitige Vertretung nicht besonders vergütet wird, ebensowenig Ueberstunden.

In Krankheitsfällen zahlt der Verband das Gehalt von drei Monaten weiter.

Dieses Regulativ tritt mit 1. Januar 1906, die vorgeschlagenen Gehaltsätze für die derzeitigen Beamten dagegen mit 1. Januar 1905 in Kraft.

Die Kommission beschäftigte sich auch mit der Pensionsfrage unserer Beamten. Sie erachtet es als eine Pflicht der Organisation, ein entsprechendes Ruhegehalt vorzusehen, doch war sie mangels genügender Unterlagen nicht in der Lage, heute schon bestimmte Vorschläge zu machen. Die Kommission stellt daher den Antrag, die Generalversammlung möge beschließen: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, Material bezüglich dieser Materie zu sammeln, und dasselbe einer auf der nächsten Generalversammlung zu wählenden Kommission zur Verfügung zu stellen. Diese Kommission soll dann eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und der Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreiten.

Inzwischen empfiehlt die Kommission den Angestellten des Verbandes, der Unterstützungsvereinigung des Vereins Arbeiterpresse beizutreten. Der Generalversammlung empfiehlt sie, den Grundsatz auszusprechen, daß die Beiträge zur Unterstützungsvereinigung vom Verband zu tragen sind.

Bezüglich der in den Gauen angestellten Beamten empfiehlt die Kommission: Die Generalversammlung möge den Wunsch aussprechen, daß die Gehälter der in den Gauen angestellten Verbandsbeamten mindestens nach den vom Vereine Arbeiterpresses festgelegten Grundsätzen zu bemessen sind.

Ueber die Vorlage entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte, die durch einen Schlußantrag beendet wird. Mit großer Mehrheit wird im Prinzip beschlossen, eine Staffe! aufzustellen. Hierauf werden die für den Vorsitzenden, den Kassierer und den Hauptverwalter in die Vorlage eingestellten Sätze mit 43 gegen 39 Stimmen angenommen. Die Generalversammlung entscheidet sich auf die Frage, ob sie selbst auch die Gehälter der Hilfsbeamten festsetzen will, in bejahendem Sinne. Die eingestellten Positionen selbst werden angenommen mit der Änderung, daß auch das Gehalt des Kollegen Krahl auf

2400 Mk. festgesetzt wird. Die der Gehaltskala folgenden drei Abschnitte werden angenommen.

Döblin, Eißler und Beyer erklären, daß sie mit einer Reduzierung des Endgehaltes um 200 Mark einverstanden sind.

Der Rest der Vorlage wird zurückgezogen.

Als geschäftsführende Vorstandsmitglieder werden Döblin als Vorsitzender mit 86 Stimmen, Eißler als Kassierer mit 91 Stimmen, Beyer als Hauptverwalter mit 90 Stimmen gewählt.

Bei der Wahl des Redakteurs, die auf Antrag durch Stimmentzettel erfolgt, erhält Reyhäuser 76 Stimmen. 39 Stimmen waren gesplittet. Reyhäuser ist demnach als Redakteur gewählt.

Die Remuneration der Beisitzer im Zentralvorstande wird auf je 100 Mk. festgesetzt.

Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Köln gewählt.

Es folgt dann Punkt XII: Beschlußfassung über weitere Anträge.

Der Antrag vom Verbandsvorstande: „Bewilligung eines Beitrages zur Errichtung eines Härtel-Denkmal“, wird angenommen.

Der Antrag Brandenburg wird abgelehnt. Der Antrag Pforzheim wird für erledigt erklärt, nachdem Döblin auf die Unmöglichkeit der Ausführung hingewiesen.

Der Antrag Bezirk Essen usw.: „Der ablehnende Beschluß der letzten Generalversammlung betreffend Niedererschlagens des Guthabens der Verbandskasse an die liquide Firma Wittenborn & Co. in Essen ist rückgängig zu machen und die Verbandskasse mit dem auf sich entfallenden Verluste im Betrage von 3497,88 Mk. zu belasten“, wird abgelehnt.

Der Antrag vom Bezirk Bochum: „Die Generalversammlung möge beschließen, daß die von dem Ortskassierer Feist in Witten unterschlagene Summe niederschlagen resp. auf die Verbandskasse übernommen wird“, wird zurückgestellt und dem Zentralvorstande in Gemeinschaft mit den beteiligten Vorständen überwiesen.

Die weiteren Anträge sind teils gegenstandslos geworden, teils werden sie für erledigt erklärt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Döblin resümiert zum Schlusse die Tätigkeit der Generalversammlung und wünscht, daß die gepflogenen Aussprachen zur Klärung beigetragen haben möchten. Er hoffe, daß ein kollegiales Arbeiten zwischen den Gauvorständen und dem Zentralvorstande stattfinden werde. Nach Dankesworten des Sekretärs des schweizerischen Typographenbundes, Schlimpf, an die deutschen Kollegen, dankt Döblin den Dresdener Kollegen für die gastliche Aufnahme. Klapproth bittet, dem Vorstande für seine Tätigkeit durch Erheben von den Sigen zu danken. Wendische richtet Abschiedsworte an die Delegierten. Mit einem Hoch auf den Verband schließt Döblin die Generalversammlung des Verbandes.

Vierte (Ordentliche) Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse in Vq. in Dresden.

-x- Dresden den 26. Juni 1905.

Die Tagesordnung lautet:

1. Vorlegung bzw. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1902, 1903, 1904.
2. Neuwahl der Liquidationskommission und Festsetzung der Remuneration für dieselbe.
3. Sonstiges.

Als Delegierte sind anwesend vom Gau:

Berlin: L. S. Gieseler, Albert Massin, Hermann Schlegler, Thiele, Albert Nachs-Berlin; Dresden: Hermann Steinbrück, Heinrich Wendische-Dresden; Erzgebirge-Vogtland: C. W. Stoy-Gemnitz; Frankfurt-Hessen: C. Dominé-Frankfurt a. M.; Hamburg-Altona: Adolf Demuth, W. Dreier-Hamburg; Hannover: A. Hausmann-Hildesheim, Georg Klapproth-Hannover; Leipzig: Karl Engelbrecht, Leopold Hesselbarth, E. Tanneberger, Adolf Vogemitz-Leipzig; Mecklenburg-Lübeck: H. Schlotter-Schwerin; Mittelrhein: Heinrich Fuhs-Mannheim, Heinrich Reeh-Mainz; Nordwest: A. Rosenlechner-Bremen; Oberhein: R. Imbenlaub-Freiburg Br.; Oder: Josef Kirschner-Stettin; Ostland-Lüdingen: Otto Michaelis-Erfurt, Julius Palm-Weimar; Ostpreußen: F. Behrendt-Böttigberg; Posen: W. Klossel-Posen; Rheinland-Westfalen: Peter Grafmann-Essen a. Ruhr, Otto Mirou-Bielefeld; An der Saale: Emil Hallupp-Halle a. S.; Schlesien: C. Fiedler- und Herm. Schlag-Dreslau; Schleswig-Holstein: H. Chr. Heilmann-Flensburg; Westpreußen: Fr. Nagroth-Danzig; Württemberg: Jakob Flohr- und Karl Knie-Stuttgart.

Döblin eröffnet nach Konstituierung des Bureau die Generalversammlung und begrüßt die Erschienenen. Klapproth erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission, wonach alle Mandate als gültig erklärt werden.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung bemerkt der Vorsitzende Döblin, daß am 1. April 1904 die Kasse nach Berlin überführt wurde. Sie hatte damals ein Vermögen von 545769,46 Mk. Als Liquidationskommission fungierten Döblin, Eißler, Beyer, Franz Meyer und Herrn. Winkelmann.

Der Kassierer Eißler meint, daß die Ueberführung der Kasse nach Berlin wegen der erparnten Verwaltungskosten der Kasse zum Segen gereicht hätte, weil die Steuern in Württemberg dadurch in Wegfall gekommen sind und die Verwaltungskosten (900 Mk.) durch die Arbeit der neuen Verwaltung erparnt sind, da diese Arbeit jetzt kostenlos geleistet wird. Eißler stellt den Antrag, in Zukunft 1000 Mk. als Kosten für die Verwaltung der Kasse in den Etat einzustellen.

Nach kurzer Diskussion wird der Rechnungsbericht genehmigt.

Zu Punkt 2 wird beantragt, als Verwaltungskostenbeitrag an die Verbandskasse 1000 Mk. zu beschließen. Dieser Antrag wird genehmigt. Als Vorsitzende und Kassierer der Zentralinvalidenliste werden Döblin und Eißler wiedergewählt. Die Beisitzer wählen die Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin.

Unter „Sonstiges“ liegt ein Gesuch des Invaliden Graumann vor, der um Wiedergewährung seiner ihm im Jahre 1900 wegen eines Bergehens, das eine gerichtliche Beurteilung zur Folge hatte, entzogenen Invalidenunterstützung bittet. Nach längerer Darstellung Eißlers und kurzer Debatte beschließt die Generalversammlung gegen eine Stimme, dem Petenten ab 1. Juli 1905 die Unterstützung wieder zu gewähren. Der Invalide Friedrich August Gopsens ist seit 1890 Invalide und ersucht zwecks Gründung einer eignen Existenz um eine Abfindungssumme von 5000 Mk., was abgelehnt wird.

Weitere Verhandlungsgegenstände liegen nicht vor und wird die Generalversammlung geschlossen.

Rundschau.

Da in dieser Nummer über drei Sitzungstage unserer Generalversammlung berichtet, ferner das neue Verzeichnis der tarifstreuen Druckereien beigelegt werden mußte, war es nicht möglich, denselben einen noch größeren Umfang zu geben. Wir mußten deshalb den Satz für eine weitere vierseitige Beilage zurückstellen.

Das heute dem „Corr.“ beiliegende Verzeichnis derjenigen Buchdruckereien des Deutschen Reiches, welche bis einschließl. 30. April 1905 den deutschen Buchdruckertarif anerkannt haben, wird alljährlich auch jetzt vom Tarifamte neu zusammengestellt, ist ein weiterer Beleg für die tarifliche Kleinarbeit, für das Wirken unserer Tarifamtes bei Behörden und Unternehmern sowie das Drängen unserer Kollegen um Anerkennung des Tarifes. Und tatsächlich, wieder ein schönes Resultat: in dem letzten Jahre sind in 216 Städten 796 Firmen mit 5317 Gehilfen für unsere Tariffrage neu genommen worden. Nach Abzug der in der Berichtsperiode aus dem Verzeichnisse gestrichlenen 221 Firmen (201 wegen Erlöschens derselben, 20 wegen Nichterhaltung des Tarifes) ergibt das vorliegende Verzeichnis folgende Zahlen (die Ziffern in () sind das Ergebnis vom 30. April 1904):

Kreis	Städte	Firmen	Gehilfen
I. Kreis:	215 (188)	805 (719)	6170 (5596)
II. "	209 (189)	643 (545)	5918 (4876)
III. "	123 (112)	421 (380)	3129 (2714)
IV. "	200 (179)	583 (510)	4658 (4109)
V. "	221 (181)	560 (469)	3893 (3584)
VI. "	130 (120)	348 (311)	3488 (3043)
VII. "	172 (171)	612 (594)	6624 (6415)
VIII. "	99 (80)	706 (643)	8478 (7952)
IX. "	183 (162)	456 (388)	3510 (3194)

1552 (1382) 5134 (4559) 45868 (41483)

Also um 15 1/2 Proz. ist die Zahl der tarifstreuen Druckereien in einem Jahre gestiegen (gegenüber 6,8 Proz. in 1903, 18,5 Proz. 1902 und 5,4 Proz. in 1901), und war bei einem Teile der Firmenbesitzer auch nicht gerade sozialpolitische Einsicht der Anlaß ihres Handelns, mußten vielmehr die organisierten Gehilfen hier und da einen mehr oder weniger starken Druck ausüben, so ist aber doch zweifellos der Fortschritt auf dem Gebiete unserer gewerblichen Ordnung zu erkennen und damit nicht zuletzt unserer Organisation ein schönes Zeugnis ausgestellt. Aber auch das jetzige Steigen der Zahl der tarifstreuen Firmen seit dem Jahre 1896 — dem Zeitpunkte der Einführung der jetzigen Tarifgemeinschaft — bestätigt den schon öfter gekennzeichneten hohen Wert unserer Arbeitsvertrages, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Jahr	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Zahl der Schiedsgerichte	1631	2030	2704	3115	3372	3464	4250	4559	5134
tarifstr. Firm. u. Geh. an	18340	22468	27449	30630	34307	36527	39464	41483	45868
Orten	469	647	880	1002	1030	1043	1315	1382	1552

Die Zahl der Schiedsgerichte steigerte sich von 39 auf 42, die der Arbeitsnachweise von 42 auf 45. Die Kollegen-schaft hat nun an der Hand dieses neuen Verzeichnisses Gelegenheit zu prüfen, ob „Theorie und Praxis“ Hand in Hand gehen, d. h. ob Tarifanerkennung und Tarifeinhaltung sich in der wünschenswerten Harmonie befinden, oder ob die Gehilfenschaft dem nur der Not, nicht dem eignen Triebe folgenden Prinzipale etwas „unter die Arme greifen“ muß. — Schließlich sei bekannt gegeben, daß der auf der Beilage angezeigte „Anhang“ (Adressenverzeichnis usw.) aus rein technischen Gründen nicht in der Beilage, sondern direkt im „Corr.“ zum Abdrucke kommen mußte.

Ferien! Das Gesamtpersonal der Firma Gebrüder Hofer in Saarbrücken erhielt je nach der Dauer der Beschäftigung in dieser Druckerei einen Sommerurlaub von drei bis zu sieben Tagen. Ueber die festgesetzten Karenzzeiten sagt unsre Quelle nichts.

In Gießen sind nun auch die Werftarbeiter einer dritten Firma (Nidderische Schiffswerft) ausgesperrt worden, es sind das 800 Mann. — Aus einem vom Leipziger Gewerkschaftsrat und dem Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei in Leipzig herausgegebenen Flugblatt entnehmen wir, daß nur folgende Zigarettenfabrikate boykottfrei sind: Bonidant, Zenith, Delikat, Kontesse Erna, Bolero, Hatim, Bluff, Jovial, Waldmeister Tee, Hedda, Chud Chud, Yap, Tesmit, Pektoral I, Gelbe Kasse, Seerose, Suafim, Osman-Pascha, Alofa freres, Stalpiel, Kiriali, Spinn-Edwin, Wolf 2, Nr. 1a, Pittolo, Süße Mäbels, Nana, Dubet 2, Armada, Patras Dubet, Uli, Loska, Dirva, Wera, Kyropoulos freres, Patras, Kantos Dubel und Ergo 2. Wir eruchen unsere Kollegen wiederholt, den Ausgesperrten jegliche Unterstützung angedeihen zu lassen. — Der Streik der Berliner Teppichweber ist mit Ausnahme des Ausstandes bei der Firma Feibisch beigelegt. — Die bayerische Regierung hat die Initiative zur Herbeiführung einer Einigung in Sachen der Metallarbeiterausperrung ergriffen. — Der Streik der Maurer und Baughilfsarbeiter in Freiburg i. Br. hat nach achtwöchiger Dauer mit teilweisem Erfolge und mit Annahme einer Tarifvereinbarung geendet. Die Italiener haben sich bei diesem Kampfe recht wacker gehalten. — Der Streik der Bremer Stukkateure hat einen erfolgreichen Verlauf genommen.

In Warschau ist es zwar nicht zu einem allgemeinen Ausstande gekommen, in der großen Mehrzahl der Fabriken wird aber doch gefeiert. Auch in dieser russischen Industriestadt ist es zu Barrikadenkämpfen gekommen. In Lodz aber haben ganz verschiedene Straßenkämpfe und Barrikadenkämpfe stattgefunden. 60.000 Arbeiter kämpften erfolglos gegen die Soldaten, die im Kampfe mit den Japanern sich mit so traurigem Ruhme bedeckt haben, gegen die eignen Brüder aber Siegestrumphie feierten. 343 Juden und 218 Christen wurden getötet, 700 Personen verwundet. Die Arbeit in den Fabriken soll wieder aufgenommen sein.

Briefkasten.

F. L. in Nürnberg: In der gleichen Angelegenheit liegt noch ein Artikel vor. Der von Ihnen verfaßte konnte bis jetzt aber ebensowenig Aufnahme finden wie jener. An dem Umfange des „Corr.“ können Sie ja ersehen, welche große Raumschwierigkeiten gerade in letzter Zeit obwalten, sogar reaktionelle Arbeiten haben wir wieder beiseite geschoben. In der Sonnabendnummer wird Ihr Artikel hoffentlich erscheinen können. — R. U. in Bielefeld: Besten Dank für diese Mitteilung. — R. G. in Berlin: Paul Wägre, London N, 18-23 Craven Street, Brunswick Place. — Ph. Sch. in Augsburg: Je 3,25 Mk. — G. F. in Würzburg: Es wird sich in dieser Angelegenheit wohl nichts tun lassen, denn am Schlusse des Absatz 4 im § 12 heißt es ausdrücklich: „... im Laufe der nächsten 12 Monate...“, womit also gesagt sein soll: in dem Jahre nach den statutarischen „24 Monaten“. — Z. in München: Das Inzerat in Nr. 73 kostet 3,25 Mk., wir haben also einschl. Bestellgeld noch 30 Pf. gut. Gruß!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 5, III.

Bekanntmachung.

Wir eruchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einfindung der Statistiktanten über die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartale 1905: 8. Juli, pünktlich einzuhalten, da spätere Eingänge unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden können. — Von Orten, in denen Arbeitslose nicht vorhanden waren, ist trotzdem die Mitgliederzahl anzugeben, um das Prozentverhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliederzahl genau feststellen zu können.

Berlin.

Der Vorstand.

Wenrad. Der Seher Hans Karp, früher hier in Kondition, wird hiermit aufgefordert, sich mit dem hiesigen Vorsitzenden in Verbindung zu setzen. Es handelt sich um seine noch hier zu erledigenden Sachen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden freundlichst gebeten, Karp hierauf aufmerksam zu machen.

Königsberg i. Pr. Maschinenseherverein für Ostpreußen. Die Leitung der Geschäfte ist wegen Abreise des bisherigen Vorsitzenden dem Kollegen C. L. Scherzinger, Sippelstraße 3, übertragen.

Jossen (Wart). Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Kollegen: Paul Langner, Deutsche Buch- und Kunstdruckerei Jossen, Vorsitzender; Reinhold Röhöf, Kassierer und Schriftführer; Hermann Peglow, Beisitzer.

Adressenverzeichnis der Tariforgane und deren Mitglieder.

Ordnungliche Mitglieder und Stellvertreter des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker.
(Sitz: Berlin SW 48, Friedrichstraße 239. — Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schließ.)

Prinzipalmitglieder:
Kommerzienrat Georg W. Wigenstein, SW 48, Friedrichstraße 240/241.

Bruno Gruner, SW 12, Funterstraße 16.
Wilhelm Köber, N 24, Eissackstraße 5.
Direktor L. Balz, SW 46, Königgräberstraße 42.
Otto Grande (verstorben).

Otto Dreyer, W, Kurfürstenstraße 19.
Gehilfenmitglieder:
L. G. Gieseler, SW 29, Jossenerstraße 25.
Richard Stern, Schöneberg-Berlin, Kolonnenstraße 56.
Richard Werra, Schöneberg-Berlin, Göttenstraße 26, I.
Ulbert Faber, W 30, Eißholzstraße 11.
Hermann Reßmann, N 4, Borjigstraße 32a.
Emil Schmidt, S 59, Hasenhaide 48.

Ordnungliche Mitglieder des Tarifauschusses der Deutschen Buchdrucker.

- Prinzipalmitglieder:
Kreis I. Aug. Maßbad, Hannover, Schillerstraße 11.
" II. Heinrich Otto, i. Fa. F. B. Kleinische Buchdruckerei, Krefeld, Friedrichstraße 41/43.
" III. Eugen Maßlau, i. Fa. Schirmer & Maßlau, Frankfurt a. M., Mainzerlandstraße 184.
" IV. Eugen Kieger, i. Fa. Stähle & Friedel, Stuttgart, Zibingergstraße 53/57.
" V. Kommerzienrat Ludwig Wolf, i. Fa. Dr. C. Wolf & Sohn, München, Jungfernturmstr. 2.
" VI. Wilhelm Karraz, i. Fa. Ehrhardt Karraz, Halle a. S., Steinweg 23.
" VII. Max Richter, i. Fa. Fr. Richter, Leipzig, Königsstraße 8.
" VIII. Kommerzienrat Georg W. Wigenstein, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241.
" IX. Max Reusch, i. Fa. Wilhelm Gottl. Korn, Breslau I, Schweinitzergasse 47/48.

- Gehilfenmitglieder:
Kreis I. Georg Klapproth, Hannover, Kalenbergstr. 18.
" II. Wilhelm Nade, Krefeld, Roßstraße 141.
" III. Karl Dornie, Frankfurt a. M., Wielandstraße 2, III.
" IV. Karl Knie, Stuttgart, Jakobstraße 16, part.
" V. Josef Seis, München, Auenstraße 22, I.
" VI. Johannes Bösch, Halle a. S., Henriettenstr. 10.
" VII. Adolf Bogwitz, Leipzig = Reudnitz, Littenstraße 16, III.
" VIII. L. G. Gieseler, Berlin SW 29, Jossenerstr. 25.
" IX. Hermann Schlag, Breslau, Gräbichenerstr. 77.

Vorsitze der Tarifschiedsgerichte.

Prinzipalvorsitzende:
Augsburg: F. Grubherr, i. Fa. Haas & Grubherr.
Berlin: Hermann Kofow, S 14, Alexandrinenstr. 51.
Bielefeld: Kommerzienrat Wilh. Welsagen, i. Fa. Welsagen & Klasing.
Braunschweig: Georg Westermann, i. Fa. George Westermann.

Bremen: Andreas Frese, Kahlenstraße 8/9.
Breslau: Paul Förster, Mattiasstraße 29.
Chemnitz: M. Wilsch, i. Fa. Hugo Wilsch.
Darmstadt: C. Wittich, i. Fa. L. C. Wittichsche Hofbuchdruckerei.

Dortmund: L. Lensing, i. Fa. Gebr. Lensing.
Dresden: Hilmur Grünberg, i. Fa. H. Grünberg.
Düsseldorf: Fr. Vogel, i. Fa. August Vogel.
Essen a. d. Ruhr: Th. Woelking, i. Fa. Woelking & Ko., Frankantidgesellschaft.
Kommunitätsgesellschaft.
Frankfurt a. M.: Aug. Reichard, i. Fa. C. Naumanns Druckerei.

Hagen i. B.: A. Deder, i. Fa. „Westfälisches Tageblatt“, W. m. b. H.
Halle a. S.: K. Britschow.
Hamburg: Fr. Zeve, i. Fa. Schröder & Zeve.
Hannover: W. Schwede, i. Fa. Wehrenberg.
Heilbronn: Otto Weber.
Karlsruhe i. B.: Chr. Vogel, i. Fa. Malsch & Vogel.
Kassel: Rich. Gottschalk, i. Fa. Gebr. Gottschalk.
Kiel: Karl Janßen.
Köln a. Rh.: F. B. Heimann.

Königsberg i. Pr.: H. Rasche, i. Fa. Hartungsche Zeitung und Verlagsdruckerei.
Krefeld: Johann van Aken.
Leipzig: Julius Ramm, i. Fa. Ramm & Seemann.
Ludwigshafen = Mannheim: G. Krug, i. Fa. Baurische Buchdruckerei, Ludwigshafen.
Lübeck: Heinrich Oldenburg.
Magdeburg: Oskar Frieße, i. Fa. Karl Frieße.
Mainz: Josef Will, i. Fa. Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei.

Marburg-Gießen: H. Bauer.
München: J. Schön, Holzstraße 7.
Münster i. W.: A. Sämmer, i. Fa. „Der Westfale“, A.-G.
Raumburg a. S.: Fritz Tischler.
Rürnberg: G. Metz, i. Fa. G. P. J. Wieling-Diep.
Posen: Bruno Wersbach, i. Fa. Wersbachsche Buchdruckerei.
Potsdam: C. Lesson, i. Fa. Zimberg & Lesson.
Saarbrücken: Dr. Klindworth, i. Fa. „Saarbrucker“, A.-G. zu St. Johann.

Stettin: Max Baudwin, Klosterhof 3.
Stuttgart: F. Fink, Hofbuchdruckerei, Königsstraße 81.
Wiesbaden: Karl Ritter.
Worms: Adolf Hoffmann.
Würzburg: Kommerzienrat Heinrich Stürz, i. Fa. H. Stürz, Bgl. Universitäts-Druckerei.

Gehilfenverzeichnisse:

Augsburg: Otto Kühle, C. Wirthsche Buchdruckerei. Berlin: Herm. Schlegler, S 59, Griemstraße 6, IV. Bielefeld: Louis Ernst, Weststraße 28. Braunschweig: Wilh. Neuter, Kasianallee 53a. Bremen: H. Rosenlehner, Woltmershäuserstraße 73. Breslau: S. Fiering, Klosterstraße 45. Chemnitz: C. W. Stoly, Amalienstraße 41, II. Darmstadt: Hermann Hoff, Karlstraße 30. Dortmund: Franz Wümmen, Burgholzstraße 6. Dresden: S. Wendt, Bachsbleichgasse 8. Düsseldorf: S. Schipper, Rethelstraße 109. Essen a. d. Ruhr: P. Graßmann, Rheinischestraße 8. Frankfurt a. M.: Karl Neus, Keplerstraße 4, IV. Gagen i. W.: Louis Lorenz, Feyerstraße 1c. Halle a. S.: Fr. Schirmer, Wilmigerstraße 10, I. Hamburg: C. Laßner, Schanzstraße 72, II. Hannover: R. Nojenbruch, Deimoldstraße 11. Heilbronn: G. Klein, Turmstraße 36. Karlsruhe i. B.: Felix Kirsten, Sofienstraße 11, I. Kassel: S. Schauf, Bettenhäuserstraße 14, II. Kiel: Fr. Wöhl, Prinz Heinrichstraße 7, IV. — Nr. 1. Juli: Schauenburgerstraße 34, III. Köln a. Rh.: S. Linden, Alexianerstraße 34, II. Königsberg i. Pr.: M. Wittenberg, Königstraße 93, Gartenhaus A, IV. Krefeld: G. Murrmann, Blumenstraße 94. Leipzig: C. Tanneberger, Leipzig-Pl., Rößbachstraße 5. Ludwigshafen-Mannheim: S. Trautwein, Mannheim, Wallstadtstraße 59, IV. Lübeck: D. Sande, Felsenstraße 27, I. Magdeburg: Karl Gehrt, Magdeburger-Verder, Gartenstr. 7. Mainz: S. Beeß II, Rheinallee 13, IV. Marburg-Gießen: Hubert Weber, Marbacher Weg 46a. München: Heinrich Friederichs, Mariabühlstraße 4, I.

Münster i. W.: B. Meißner, Bohlweg 72. Naumburg a. S.: W. Bohring, Große Neustr. 38, part. Nürnberg: Fr. Scherzer, Fürth, Bogenstraße 9, II. Posen: F. Wagner, O 1, St. Martinstr. 37, Hinterhaus. Potsdam: H. Hade, Kronprinzenstraße 36. Saarbrücken: C. Madenach, Gärtnerstraße 23. Stuttgart: Wilh. Kiefel, Pöhlgerstr. 83, Hof I, rechts. Tübingen: F. Fiohr, Weberstraße 96, I. Wiesbaden: W. Heller, Steingasse 20. Worms: Viktor Helze, Druckerei der „Wormser Volkszeitung“. Würzburg: S. Hennerich, Wagnerstraße 26, part.

Paritätische Tarifvertragsnachweise.

Mittenburg (S.-M.): Adelheidstr. 14, II, Emil Sturm. Augsburg: Innere Uferstraße 17/0, Ph. Schmid. Bamern: Steinweg 11, Wolf Schwägerl. Berlin: Puttkamerstr. 19, Rob. Sittmann (Fernsprecher Amt VI, 2108). Bielefeld: Kaiserstraße 151, Paul Reichenbach. Brandenburg a. H.: Nikolaistraße 19, II, W. Jordan. Braunschweig: Rammelbergerstraße 5, S. Nicolai. Bremen: Ansgariterstraße 24, Gewerbehaus, Zimmer 25, part., Fr. Bösmann. Breslau: Gräbichenerstraße 77, II, Hermann Gärtel (Fernsprecher 8884). Chemnitz: Brüdnerstraße 31, R. Müller. Darmstadt: Bleichstraße 26, Wilh. Oswald. Dessau: Melandthronstraße 12, II, Robert Bödel. Dortmund: Grafenhof 7, Karl Zirwes. Dresden: Grinestraße 2, I, D. Saffenberg. Düsseldorf: Franklinstraße 60, I, Heinrich Born. Essen a. d. Ruhr: Druckerei des „Allgem. Beobachter“, Paul Freymuth.

Frankfurt a. M.: Schmidstube 7, I, Karl Neus (Fernsprecher Amt I 2938). Freiburg i. B.: Lehenerstraße 20, II, Mich. Jacobi. Götting: Seebachstraße 30, Otto Wöhlharth. Gagen i. W.: Kembergstraße 31, Hugo Heßmann. Halle a. S.: Kleine-Klausstr. 7, II, Chr. Döhl (Fernspr. 943). Hamburg: Kaiser Wilhelmstraße 40, I, U. Demuth. Hannover: Knochenhauerstraße 1, I (Wiedbraud), Th. Ehrhardt. Hildesheim: v. Wipelenische Druckerei, W. Kraus. Jena: Magdalenstraße 84, R. Theisel. Karlsruhe i. B.: Röhlingerstraße 112, Ludw. Walbel. Kassel: Artilleriestraße 19, Julius Nickel. Kiel: Lehmsberg 14, I, August Beschel. Köln a. Rh.: Alexianerstraße 34, I, Ferd. Linden. Königsberg i. Pr.: Sachheim, rechte Straße 121, II, D. Herode. Krefeld: Hubertstraße 7, II, M. Bücher. Leipzig: Buchgewerbehaus, Gerichtsweg 24, Erdgesch., R. Ziberth. Lübeck: Mengstraße 16, M. Schmidt. Magdeburg: Albrechtstraße 4, part., Adolf Reimert. Mainz: Buchdruckerei der „Mainzer Volkszeitung“, Joh. Walter. München: Auenstraße 22, I, Ludwig Bötsch. Münster i. W.: Bohlweg 72, II, B. Meißner. Naumburg a. S.: Wiesenstraße 1a, Otto Teichmann. Nürnberg: Untere Krämergasse 15, III, Joh. Stumpner. Posen: Königsplatz 5, Gartenhaus III, Eingang III, W. Köstler. Saarbrücken: Vorstadtstraße 26, I, W. Weisenberger. Stuttgart: Schulstr. 4, Just (Bormannische Buchdruckerei). Tübingen: Jakobstraße 16, part., Karl Knie. Worms: Wallstraße 7, Heinrich Ehrhardt. Würzburg: Julius-Promenade 5, III, Joh. Wüntner.

Schweizerdegen

tüchtig und erfahren im Abzidenzjage wie an der Maschine, findet zum 10. Juli oder früher dauernde Stelle. Lohn 28 Kronen. Ausführliche Offerte zu richten an C. Sandl, Buchdruckerei, Meran (Südtirol).

Dreifarben- und Autotypiedrucker

der beide Drucktechniken vollkommen sicher und selbständig beherrscht, wird bei hohem Gehalte und dauernder Stellung in e. Großstadt Mitteldeutschlands für sofort oder später gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsantrag und Zeugnissen unter Nr. 343 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger tüchtiger Buchdruckmaschinenmeister

auch mit Französischer Zwillingsschneidemaschine und Autotypie vertraut, findet zum 1. September angenehme Stellung. Werte Off. mit Gehaltsanprüchen an Fr. Denkler, Samt i. B., Gylertstraße 30 erbeten.

Tüchtiger Stempelschneider

welcher schon an Maternbohmmaschine gearbeitet hat, gesucht in Schriftgießerei E. Köhl, Leipzig.

Tüchtige Teilerin

für Schriftgießerei gesucht. Dauernde Stellung. Werte Offerten an D. John Böhm in Hamburg erbeten.

Buchdrucker

tüchtig, Fachm., m. f. sehr. Verb. vertr., i. Kalt. firm., u. f. d. e. gr. Ztg.-Druck. D. Preussens, bish. i. ungel. Stell. sucht sich job. zu veränd. W. Off. unt. B. A. 818 durch d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junger, strebsamer Abzidenzsetzer

sucht Stellung. Werte Angebote unter J. D. 349 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Verfasser russischer Abzidenzsetzer im Griechischen u. sämtlichen Slavischen Sprachen bewandert sucht per sofort dauernde Kondition. Werte Offerten u. S. 840 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Stuttgarter graph. Versandhaus

Theodor Leibius, jetzt Rotenbühlstrasse 49 b, empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zurechtmesser, Farb Bier- u. Weinzipfel, Kravattennadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabakdosen, Feuerzeuge. Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Ueber Sekundärmaschinen.

H. H. Gärtel in Leipzig. — 1,80 Mk.

Stereotypen und Galvanoplastiker!

Kollegen! Von der Firma Hierow & Meusch, Berlin, werden im „Künsthischen Anzeiger“ Stereotypen und Galvanoplastiker, ja sogar Selber, welche Lust haben, die Stereotypie zu erlernen, gesucht. Wir ersuchen es daher als unsere Pflicht, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß das sämtliche Personal obiger Firma wegen Wegregelung des Vertrauensmannes die Arbeit niedergelegt hat. Hierow & Meusch! Welcher Kollege hätte nicht schon von den Verhältnissen, welche von jeder bei dieser Firma in Leipzig existieren, gehört? Derartige Verhältnisse glaubte die Firma auch in ihrer Berliner Filiale einzuführen, was ihr aber mit Hilfe unserer Kollegen niemals gelingen wird. Deshalb Kollegen, gebt auf die Inserate im „Künsthischen“ die richtige Antwort! In der „Buchdrucker-Woche“ ist die Aufnahme der diesbezüglichen Inserate abgelehnt worden. Der Vorstand des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Johannisfest des Bezirksvereins Darmstadt

in sämtlichen Räumen des „Rummelbräu“. Samstag den 1. Juli, Konzert unter Mitwirkung hervorragender Tanz. abends punkt 7 1/2 Uhr: Rummelbräu und Künstler. Hierauf: Sonntag den 2. Juli, Volksfest bestehend in Gartenkonzert, Preislichkeiten und Preisquadräten, Plattenwerfen, Aufsteigen eines Luftballons usw. usw. Abends italienische Nacht und Tanz. Die Kollegen des Bezirks sowie der umliegenden Druckorte sind herzlich eingeladen. Die Festkommission.



1. Fünffarbige seidene Buchdrucker-Druckbänder mit erstem Gold: 2,50 Mk. 2. Desgleichen 14 mm breit: 1,50 „ 3. Desgleichen mit gelb und weiß, 24 mm breit: 1,50 „ 4. Desgleichen 14 mm breit: 1,00 „ Buchdruckerband, meterweise, Nr. 1 à 8,50 Mk., Nr. 2 à 1,75 Mk., Nr. 3 à 1,75 Mk., Nr. 4 à 1,25 Mk. Mäße „Typographia“. Abbildung umsonst. [351] Graphische Verlagsanstalt P. Goldschmidt, Halle a. S., Körnerstr. 7. Graphischer Anzeiger (19. Jahrgang) umsonst.

Gruppenbild der Teilnehmer der Dresdener Generalversammlung 1905.

42:56 cm gross, mit entspr. Aufdrucke. Preis 3,50 Mk. Jeder einzelne Delegierte klar und deutlich erkennbar, deshalb schönster Wandschmuck für Vereinslokale usw., da an der Hand dieser vorzüglich gelungenen Aufnahme jedem Mitgliede Gelegenheit geboten, die berufenen Führer des Verbandes auch im Bilde kennen zu lernen. Photogr. Kustanstalt Max Schmitz, Leipzig-R. 90. [332]

Naturreine Weine.

Allen Kollegen empfehle ich meine selbstgekelterten, garantiert naturreinen Weissweine im Faße von 25 Liter ab, in Fässen von 12 Flaschen ab, ausschl. Faß, einschl. Flaschen und Stößen zu 70, 80, 90, 100 Pf. und höher. Kreuznach, Mannheimerstraße 252. Jakob Hofenbedt. [337] Verland gegen Nachnahme oder Vereinfachung des Betrages.

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man: Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten, für die Lehrlinge, Gehilfenprüfungen im Buchdruckgewerbe eingerichtet. Herausgegeben unter Zustimmung und Mitwirkung des Deutschen Buchdruckervereins. Serie I: Der Schriftsetzer. Serie II: Der Drucker. Jeder Band geb. 2,50 Mk. [342]

Bei allen Postämtern bezugspreis des Corr. in Deutschland vierterjährig 0,65 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und den übrigen Ländern ist der Bezugspreis mit den Postanfragen zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Ausland 2,50 Mk., bei wöchentlich einmaliger Zustellung (2 Bände mehr zusammen) in Deutschland und Oesterreich 1,00 Mk., dem übrigen Ausland 1,25 Mk.

Aschersleben. Sonnab. den 1. Juli: Versammlung. Der Vorstand. [355]

Dresden Buchdruck-Masch.-Vereln. Dresden Sonnabend den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokale. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand. [333]

Beuthen (O.-Schl.).

Sonntag den 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Etablissement „Sansonci“: Bezirks-Johannisfest und Feier des fünfundsanzwanzigjährigen Bestehens des Ortsvereins. Festredner: Gauvorfescher Fiedler. Von vormitt. 11 Uhr ab im kleinen Saale des Hotels „Sansonci“: Druckfachen-Ausstellung. Um zahlreichen Besuch ersucht. Die Festkommission. [352]

Maschinenfabrikvereinigung Gau Dresden.

Sonntag den 2. Juli, vorm. 10 1/2 Uhr: Monatsversammlung im Adams Restaurant. Sonnabend d. 8. Juli: Versammlung. Bericht über die Generalversammlung. [353]

Flensburg. Bericht über die Generalversammlung.

Königsberg i. Pr. Sonntag den 2. Juli: Johannistfest in Neukuhren.

Abfahrt vom Samlandbahnhofe 7 Uhr 20 Min. morgens. [345]

Leipziger Korrekturenverein.

Arbeitsnachweis: Verwalter E. Roland, Braustraße 7, III. Montag den 3. Juli, pünktlich 7 1/2 Uhr: Versammlung im Hotel „Johannistall“, S.-D.: i. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Bericht über die Generalversammlung des B. d. D. B.; 4. Verabschiedung. Gäste willkommen! [344]

Lübeck. Sonnabend den 1. Juli, abends 9 1/2 Uhr: Monatsversammlung im „Goldenen Apfel“, S.-D.: 1. Mitteilung; 2. Bericht von der Dresdener Generalversammlung des Verbandes (Referent: Kollege Schlotter-Schwarze); 3. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. — Die 20. Juli-Generalfestversammlung wird am 20. Juli abgehalten. Beiträge sind bis zum 20. Juli beim Vorliegenden einzureichen. [346]

Soeben gelangte zur Ausgabe: Praktische Anleitung zum Ablesen von Bewerbsanzeigen für Schriftsetzer, Buchdrucker und verwandte Berufsstände. Bearbeitet und mit einer Anzahl Musterbeispielen versehen von S. Angerstein u. W. Ränge. Preis 60 Pf. bei freier Zustellung. Julius Mäser, Leipzig-R. [358] Technik der bunten Abzidenz. H. H. Gärtel in Leipzig. — 3,50 Mk.